

Vielfalt leben – Demokratie stärken

Initiativen gegen Ideologien der Ungleichheit:
Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Paroli bieten

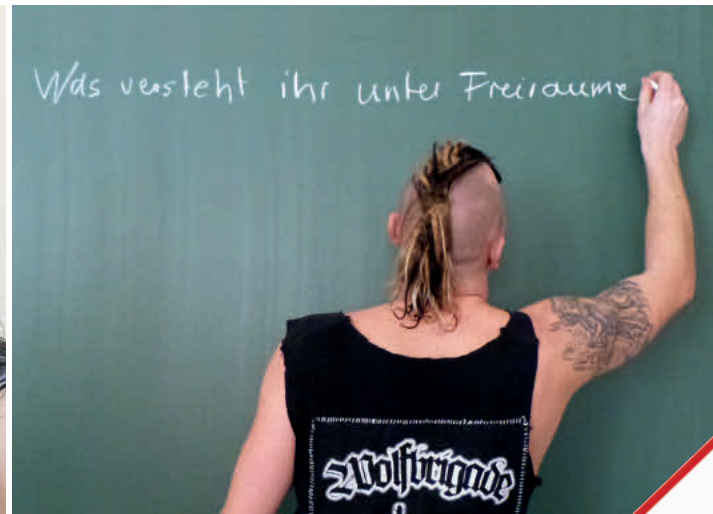




Foto: Asli Peker Gaubert



Foto: Denise Zimmermann



Foto: Joaхим Gern

Editorial 3

Thema
Vielfalt leben –
Demokratie stärken

Initiativen gegen Ideologien der Ungleichheit:
Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Paroli bieten

Für eine solidarische Gesellschaft, die von gegenseitigem Respekt geprägt ist	4
„Wenn man sich kennenlernt, verschwinden die Vorurteile“	5
„Ich freue mich einfach, helfen zu können“	8
„Hauptstadt des Widerstands“	10
„Ausgrenzung erkennen und ihr adäquat begegnen“	12
Eine Spielzeug-Positivliste bringt schwarze Puppen ins Kinderzimmer	14
Bunt, sozial und rechtsextrem?	17
Den Fans ein Zuhause geben	19
Immer mehr Menschen werden aktiv, um Flüchtlingen zu helfen	20
Kinder sind interessiert, andere Kulturen kennenzulernen	22
Engagierten Jugendlichen den Rücken stärken	24
„Tafeln leben Kultur der Vielfalt“	25
DLRG-Jugend: Kein Zutritt für Neonazis!	25
Filmangebot des Medienprojekts Wuppertal	25

Sozialpolitik

Langzeitarbeitslose brauchen Perspektiven	26
Das Präventionsgesetz greift zu kurz	26
Raus aus der Fürsorge, hin zu echter Teilhabe auf Augenhöhe	27
Kritik an TTIP – Für eine Handelspolitik im Interesse der Menschen und der Umwelt	27
Armut auf neuem Höchststand	28
Bekämpfung der Kinderarmut muss Priorität haben	28
Von der Wichtigkeit, Armut zu messen und der Schwierigkeit, es zu tun	29

Verbandsrundschau

„Wohlfahrtsarbeit ist Widerstandsarbeit, Sozialarbeit ist Demokratiearbeit“	30
Vorstandsdelegation besuchte soziale Einrichtungen in Vietnam	32
Eckpunkte zur Ausgestaltung der Freiwilligendienste	32
Sparen leicht gemacht – Rahmenverträge des Verbands	32

Forum

Aktion Mensch fördert Hilfen für Flüchtlinge	33
„Märchenhafte“ Tradition im Schloss Bellevue ausgezeichnet	33

Hören & Sehen 34
Literaturempfehlungen | Impressum 35
Termine 36

Liebe Leserinnen und Leser,

wo Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben, da entstehen auch Reibungen, Missverständnisse und Konflikte. Offene Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie dies aushalten. Lebensklugen Menschen gelingt es, diese Spannungen ins Positive zu wenden und konstruktiv damit umzugehen. Von einem solchen Zustand sind wir in Deutschland leider noch weit entfernt: Meldungen über Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen anderer Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung oder politischer Meinung begegnen uns fast täglich in den Medien.

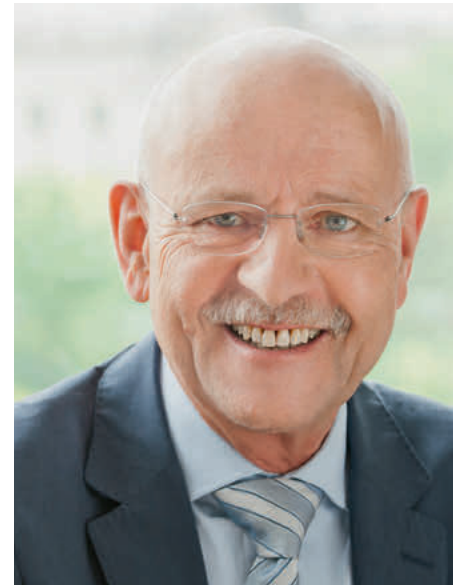
Hinter diesen Ereignissen steckt fast immer eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die den Anderen, das Fremde abwertet und den Trägern dieser Ideologie Überlegenheit und das Recht zur Unterdrückung zuspricht. Besonders empfänglich für diese Ideologie sind Menschen, die sich selbst abgewertet oder bedroht fühlen. Ausgenutzt und manipuliert werden diese von meist rechtsextremen Strategen, deren politisches Ziel das Gegenteil einer offenen und toleranten Gesellschaft ist. Mit Demagogie heizen sie das an, was Soziologen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nennen. Diese äußert sich wahlweise und ziemlich unabhängig von der realen Betroffenheit in Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie und Islamophobie, sie bezieht sich aber auch – in Form des klassischen Sexismus – auf Frauen, aber auch auf Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose und Obdachlose. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit äußert sich dabei in großer Spannweite: sie reicht von der verbalen Abwertung oder Beleidigung über Mobbing im Alltag, körperliche Angriffe bis hin zu nur scheinbar spontanen Massenbewegungen wie den anti-islamischen Demonstrationen der vergangenen Monate. Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt eindrücklich, wohin dies führen kann und warum es wichtig

ist, solchen Tendenzen auf allen Ebenen und in all ihren Erscheinungsformen von Anfang an entgegenzutreten.

Der Paritätische arbeitet in all seinen Mitgliedsorganisationen und Gliederungen dafür, dass jeder Mensch die gleichen Chancen erhält und mit dem gleichen Respekt behandelt wird. Wir tun dies, indem wir die Werte Offenheit, Vielfalt und Toleranz vertreten, verteidigen und leben. Mit diesem Wertehorizont ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit in all ihren Spielarten absolut unvereinbar. Deshalb findet sich der Paritätische immer wieder im Bündnis mit jenen Organisationen und Kräften, die für eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft eintreten und kämpfen.

Das vorliegende Heft zeigt eindrucksvoll dass und wie der Paritätische offensiv und mutig mit dem Thema gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umgeht. Es zeigt auch, dass wir eine starke Gemeinschaft im Kampf gegen die Ideologien der Ungleichwertigkeit bilden und Bündnisse zur Verteidigung unserer Werte schmieden.

Das ist nicht erst seit heute der Fall, sondern wird schon seit Langem und an vielen Ecken des Paritätischen praktiziert. Viele Menschen in unserem Verband beweisen Tag für Tag, dass Toleranz und Demokratie nicht einfach abstrakte Prinzipien sind, sondern auch so etwas wie ein Lebensge-



Professor Dr. Rolf
Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

fühl bilden und zu einer Verantwortung den Mitmenschen gegenüber führen. Diese vielen Engagierten sind Vorbilder in unserem Verband und für die ganze Gesellschaft. Sie machen den Anderen Mut, ihre Stimme zu erheben, wenn Menschen diskriminiert, gedemütigt oder angegriffen werden. Diese Arbeit erfordert auch eine starke und selbstbewusste Trägerschaft, um Projekte und Initiativen vor Ort zu ermöglichen und zu stärken.

Ideologien der Ungleichheit äußern sich nicht nur in Propaganda, sondern eben auch in Gewalt. Gewalt, die auch schon Aktive in unserem Verband zu spüren bekommen haben. Ich wünsche uns daher noch mehr Unterstützung – vor allem für jene, die es besonders schwer haben, sich zu behaupten, zum Beispiel weil sie aus Ihrer Heimat fliehen mussten. Ich wünsche mir breitere Bündnisse und Netzwerke im Kampf gegen alle Formen der Menschenfeindlichkeit. Wir sind entschieden im Kampf gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und treten den Gegnern unserer Grundsätze mit Besonnenheit, aber auch mit großer Entschlossenheit entgegen.

Herzlich Ihr

Für eine solidarische Gesellschaft, die von gegenseitigem Respekt geprägt ist

Das Engagement des Paritätischen gegen Ideologien der Ungleichheit hat viele Facetten

Rechte Gesinnung hat viele Gesichter. Man findet Menschen, die Ideologien der Ungleichheit wie Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus verbreiten, in allen Teilen der Gesellschaft und – nicht oft, aber auch – in der Wohlfahrtspflege. Man sieht Mütter, die ihre Kinder im Thor-Steinar-Pullover aus der Kindertagesstätte abholen, hört von Kollegen in Einrichtungen abfällige Äußerungen über Menschen mit Migrationshintergrund, liest von Klienten in Pflegeeinrichtungen, die sich nicht von einer Kollegin mit Kopftuch behandeln lassen wollen, oder von Jugendlichen, die CDs mit neonazistischen Liedern mit in den Jugendtreff bringen. Tatsachen, die wir häufig jedoch ausblenden, weil sie so gar nicht zu unserem Selbstverständnis eines weltoffenen, toleranten und vielfältigen Verbands passen. Sie zu unterschätzen oder gar zu ignorieren wäre allerdings nicht nur fahrlässig, sondern würde zu ihrer Verbreitung beitragen.

Wo Probleme sich ballen ...

Auch wenn es sich in der Summe nur um einige wenige Fälle handelt – die Problematik ist durchaus mit einem Eisberg vergleichbar: Wer nur auf die sichtbare Spitze schaut, der wird der tatsächlichen Ausprägung des Problems nicht gerecht. Damit sich rechte, rassistische Tendenzen nicht im Hintergrund langsam und unentdeckt ausbreiten können, muss man sich aktiv mit ihnen beschäftigen. Besonders die strukturschwachen ländlichen Räume haben sich in den vergangenen Jahren als problematische Regionen herausgestellt. Dort ballen sich all die Probleme, die ein Nährboden für den Rechtsextremismus sind, insbesondere im sozialen

Bereich: Arbeits- und Perspektivlosigkeit, fehlende Infrastruktur, oftmals auch der Mangel an formalen Bedingungen für eine Zivilgesellschaft, die sich wehren kann und dies auch tut – wie etwa Gemeinschaftsgefühl und Gestaltungswille.

Aus diesem Grund haben die Gremien des Paritätischen im vergangenen Jahr beschlossen, dass sich der Verband ganz explizit nach innen und außen zu dieser Thematik positionieren muss. Ideologien der Ungleichwertigkeit stehen gegen all das, was den Paritätischen und seine Mitgliedsorganisationen ausmacht. Der Verband lehnt diese menschenverachtenden Einstellungen nicht nur ab, er tritt ihnen auch im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegen, wo immer es geht.

Die Koordination dieses Prozesses wurde in die Hände einer Arbeitsgruppe gelegt, die im September 2014 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände und der überregionalen Mitgliedsorganisationen bündeln die Expertise aus den unterschiedlichen Regionen und Arbeitsfeldern des Verbandes. Als ersten Schritt erstellte die Arbeitsgruppe eine Charta gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Diese bildet das Fundament der künftigen Aktivitäten. Sie ist insbesondere als klare inhaltliche und öffentliche Positionierung des Verbandes zu sehen und liefert den Ausgangspunkt für eine weitere, nach innen und nach außen gerichtete Strategie zur Bekämpfung rechtsextremer und rassistischer Unterwanderungsversuche.

Selbstverständnis des Paritätischen ist demnach, eine solidarische Gesellschaft mitzugestalten und zu verteidigen

und dazu eine Verbandskultur zu pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jedes Einzelnen geprägt ist. Es wird im Verband keine Form von Rassismus, Rechtsextremismus oder Antisemitismus geduldet – weder in unseren Mitgliedsorganisationen noch bei unseren Beschäftigten. Die Charta wurde im September 2014 vom Verbandsrat verabschiedet. Inzwischen liegt sie auch in leichter Sprache vor und kann von der Homepage des Paritätischen Gesamtverbands heruntergeladen werden.

Fortbildungen für Beschäftigte

Damit es nicht bei Erklärungen bleibt, will der Verband seine Strategie in diesem Jahr weiter konkretisieren. Wichtig ist, dass es überall Menschen mit offenen Augen und wachen Ohren gibt, die ihre Hilfe anbieten, wenn ihnen Fälle von Rechtsextremismus oder Diskriminierung begegnen. Daher bieten wir unseren Beschäftigten auf Bundes- und Landesebene im Laufe des Jahres eine Fortbildung an, die sie befähigt, Rechtsextremisten in Einrichtungen und Organisationen zu erkennen und ihnen Paroli zu bieten. Darüber hinaus wird im Sommer 2015 eine Handreichung zu dieser Thematik veröffentlicht, die über den Paritätischen Gesamtverband bezogen werden kann. Diese ist in enger Abstimmung mit der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin erstellt worden und beinhaltet neben Themen wie „Erkennen von Rechtsextremen“ auch Antworten auf die Fragen „Wie kann ich meine Organisation vor Unterwanderung schützen? Welche Möglichkeiten gibt es als Arbeitgeber? Welche Vorkehrungen

kann ich treffen, wenn ich Räumlichkeiten zu vermieten habe oder wenn ich öffentliche Veranstaltungen abhalte?“. Zu all diesen Aspekten wird es praktische Hinweise und Unterstützung wie etwa Formulierungsvorschläge für Satzungen und Arbeitsverträge, für Mietverträge oder Feste geben. Im nächsten Jahr soll der Prozess dann mit einer Kampagne in der Öffentlichkeit fortgeführt werden. Als Auftakt bieten sich zum Beispiel die Internationalen Wochen gegen Rassismus im Frühjahr jedes Jahres an. Seit dem vergangenen Jahr engagiert sich der Paritätische Gesamtverband auch in der zu den Wochen gehörenden Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus (www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de). Vor allem über die sozialen Medien soll zudem das Bild des Verbandes als weltoffener und toleranter Verband geschärft werden.

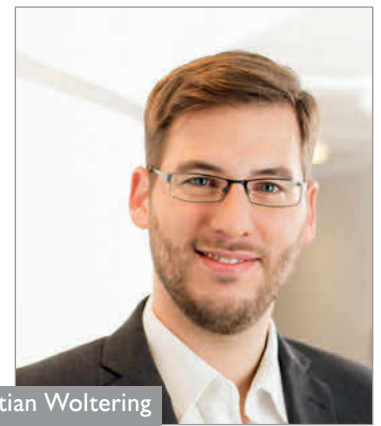
Beratung und Unterstützung

Diese Kampagne hat auch das Ziel, ein Netzwerk aus Organisationen im Paritätischen zu knüpfen, die sich

aktiv im Kampf gegen Ideologien der Ungleichheit engagieren. Nicht immer ist es im Falle eines Kontaktes mit rechtsgesonnenen Akteuren mit einem Blick in eine Handreichung getan. Je nach Problemlage oder Ausprägung ist eine intensive Beratung und Unterstützung notwendig. Mit dem Bündnis soll es gelingen, Mitgliedsorganisationen des Paritätischen und andere zivilgesellschaftliche Partner zu vernetzen, die ein gemeinsames Ziel haben: Rechtsextremismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit durch die Förderung von Toleranz und Demokratie zu bekämpfen. Dieses Netzwerk gegen Menschenfeindlichkeit soll anderen Mitgliedsorganisationen Anlaufpunkte geben, bei denen sie im Falle einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremen, Rassisten oder Antisemiten Unterstützung finden. Momentan liegt der Eindruck nahe, dass Rechtsextremismus und Fremdenhass in unserer Gesellschaft zunehmen. Egal ob die Gerichtsverhandlungen über die Taten der neonazistischen Terrorgruppe NSU oder die rechten Pöbeleien auf den

Pegida- oder Hogesa-Demonstrationen: Die Öffentlichkeit ist für dieses Thema sensibilisiert. Dies ist für den Paritätischen Anlass, sich explizit als Verband zu präsentieren, der Menschenfeindlichkeit jedweder Art ablehnt; für den Verschiedenheit und Vielgestaltigkeit zentrale Werte sind, die es zu verteidigen gilt. Und zu zeigen, dass es im Verband keinen Nährboden für rechte Gesinnung gibt.

Christian Woltering
Grundsatzreferent des
Paritätischen Gesamtverbands



Christian Woltering

Wenn man sich kennenlernt, verschwinden die Vorurteile

Im Berliner Stadtteil Marzahn wird ein Containerdorf gebaut, 430 Flüchtlinge sollen einziehen. Rechtsradikale protestieren, andere sind beunruhigt. Das interkulturelle Stadtteilzentrum sieht sich gefordert: Die Einrichtung der Volkssolidarität e. V. klärt auf, organisiert Anwohnerdialoge – und zeigt, wie das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft funktionieren kann.

Die sind doch alle faul und hängen nur rum.“ Oft, sehr oft kam Asli Peker Gaubert dieser Satz zu Ohren, so oder so ähnlich. Auch wenn sie ihn nicht gerne hört – dass Menschen ihn aussprechen, schafft aus ihrer Sicht auch eine Chance: darauf einzugehen und neue Einsichten, andere Ansichten zu vermitteln. Den Bewohnern Marzahns, die mit diesem Satz ihr Unbehagen oder ihre Ableh-

nung der geplanten Flüchtlingsunterkunft ausdrücken, kann sie dann nämlich erläutern: Bis 2015 war es Asylbewerbern verboten zu arbeiten. Erst seit Jahresbeginn ist es erlaubt, allerdings nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen. „Niemand, der zu unseren Anwohnerdialogen kam, wusste von diesen Regeln“, berichtet die 38-Jährige. „So manchem hat das zu denken gegeben.“

Eigentlich ist Asli Peker Gaubert für den Migrationssozialdienst zuständig, der im Stadtteilzentrum angesiedelt ist. Zuwanderer beraten und unterstützen, das sind ihre Aufgaben. Doch seit vier Monaten spricht die türkischstämmige Beraterin tagtäglich mit verunsicherten Deutschen, die zumeist in einem der hoch aufragenden, sanierten Plattenbauten zu Hause sind, die den Osten Berlins kennzeichnen. >>



Nein, korrigiert sie zum Beispiel in ihrem Büro oder am Telefon, die Turnhalle wird nicht zu einer sanitären Einrichtung für die Notunterkunft umgebaut. Nein, Flüchtlingsfamilien erhalten nicht bevorzugt einen der knappen Kita-Plätze, auch künftig werden diese nach Eingang der Anmeldungen vergeben.

15 Montagsdemonstrationen hat es bereits gegeben, nachdem im Oktober 2014 die Nachricht kam: Aufgrund wachsender Flüchtlingszahlen müssen in Berlin sechs neue Flüchtlingsheime entstehen, eines davon in Marzahn. Erst waren es etliche hundert Menschen, die „Nein zum Heim“ skandierten, zuletzt nur noch ein paar Dutzend – stets begleitet von einer wachsenden Schar von Gegendemonstranten.

„Eine ganz fiese Stimmung!

Auf Facebook, wo eine „Bürgerbewegung“ gegen „Asylmissbrauch“ mobilisierte, stritt man weiter. Kaum wurden dort Gerüchte aufgetischt, liefen im Stadtteilzentrum die Telefone heiß. Das bedeutet Sisyphusarbeit: „Die Sache mit der Turnhalle

höre ich heute noch“, sagt Asli Peker Gaubert, „auch wenn wir das schon zehn Wochen lang dementieren.“

Dass sie und ihre Kolleginnen von dem für Flüchtlingsunterbringung zuständigen Landesamt für Gesundheit und Soziales beauftragt wurden, besorgte Anwohner zu informieren, ist kein Zufall. Die Wucht, mit der das Thema einschlug, aber auch die Gegenstrategien haben eine Vorgeschichte. Eineinhalb Jahre ist es her, da lud man im benachbarten Stadtteil Hellersdorf Bürgerinnen und Bürger ein, sich über ein geplantes Flüchtlingsheim zu informieren. Auch Rechtsradikale aus ganz Berlin reisten an und sorgten für einen Eklat. „Eine ganz fiese Stimmung war das“, sagt Asli Peker Gaubert und erinnert sich schauernd an Neonazis, die „Sieg heil“ grölten.

Von da an war für die Verantwortlichen klar: keine öffentlichen Veranstaltungen mehr. Als das neue Flüchtlingsheim in Marzahn angekündigt wird, im Oktober vergangenen Jahres, setzt man stattdessen auf die Schulung von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen. Ob Erziehe-

rinnen in den Kitas oder Bibliotheksbedienstete – alle sollen informiert sein und Auskunft geben können. Verschiedene Akteure übernehmen die Aufgabe, Informationen weiterzugeben, das Schulamt ebenso wie die Freiwilligenagentur und der Heimbetreiber. Damit alle mit denselben verlässlichen Angaben losziehen, trifft man sich jede Woche zu einem jour fixe im Stadtteilzentrum an der Marzahner Promenade. Diese Abstimmung untereinander, sagen Vertreter anderer Bezirke zu Asli Peker Gaubert, sei eine neue und sehr gute Idee.

Der Träger des Zentrums, die Volkssolidarität, mobilisiert zudem ihre Marzahner Ortsgruppen. Sie gelten als Herzstück der Volkssolidarität e.V., die 1945 auch gegründet wurde, um Flüchtlingen zu helfen. Vor allem ältere Menschen sind es, die in ihrem Kiez von Briefkästen zu Briefkästen ziehen und Info-Blätter verteilen.

Persönliche Informationsgespräche

Darüber hinaus beauftragt das Landesamt das Stadtteilzentrum damit, persönliche Informationsgespräche anzubieten, was auch intensiv genutzt wird. Und schließlich können sich Bürger und Bürgerinnen zu Anwohnerdialogen einladen lassen, zu Treffen in einem kleinen Kreis und unter diversen Vorsichtsmaßnahmen: Nur Menschen, die im Kiez leben, sind zugelassen, Ausweise werden kontrolliert. Behördenvertreter stehen Rede und Antwort. Zuweilen gesellen sich prominente frühere Politiker dazu, Ex-Bürgermeister Diepgen etwa oder Ex-Sozialsenatorin Knake-Werner. Sie gehören zu einem „Beirat für Zusammenhalt“, der vom Paritätischen Berlin unterstützt wird.

Und was ist das Ergebnis der bisher 15 Anwohnerdialoge? Koordinatorin Asli Peker Gaubert fasst es so zusammen: „Nicht alle Bürger finden das Vorgehen überzeugend, aber die Lage zu erläutern und zu diskutieren lohnt unbedingt.“ Stellvertre-

tend nennt sie das Beispiel einer alten Dame, die sagt, „endlich wurde ich mal richtig informiert“ – und die darüber hinaus anbietet, einen von ihr nicht mehr benutzten Fitness-Stepper spenden zu wollen, wenn die Flüchtlinge da sind.

Diese Geste steht für eine andere kollektive Reaktion, die der Bau des Containerdorfs ausgelöst hat: Hilfsbereitschaft, große Hilfsbereitschaft. Ungezählt sind die Anrufer, die Kleidung spenden möchten. Oder Zeit, damit Familien sich zurechtfinden und Kinder beim Lernen unterstützt werden.

Willkommenskultur im interkulturellen Stadtteilzentrum

Aufgeschlossenheit, Mitgefühl, Engagement, das sind die Bausteine einer Willkommenskultur, für die sie im interkulturellen Stadtteilzentrum seit vielen Jahren in Marzahn arbeiten. Um zu zeigen, was es alles anbietet, führt Asli Peker Gaubert durch die Einrichtung: ein unscheinbarer kleiner Flachbau, der einmal eine Sparkassenfiliale beherbergte. Aber es gibt genug Platz für Tanzcafés, Chöre, Deutsch- und Fremdsprachenkurse und Nachhilfe

für vietnamesische Kinder. Dazu kommen Beratung zu diversen Themen, Dolmetscherdienste bei Behördengängen und sogar eine russischsprachige aufsuchende Verbraucherberatung.

Auf was das Team besonders stolz ist: Die meisten Nutzer und Nutzerinnen sind Deutsche, aber Menschen mit Migrationshintergrund gehören ganz selbstverständlich dazu. Immer wird versucht, sie nicht nur zu beraten, sondern langfristig einzubinden. Inzwischen gibt es 30 Migrantinnen und Migranten, die ehrenamtlich aktiv sind. Sie sorgen für ein buntes Angebot, das ankommt: Ein Kolumbianer kocht, spielt Querflöte und berichtet über unterschiedliche Länder. Ein Syrer betreut Familien. Eine vietnamesische Studentin gibt Nachhilfe. Womit sie alle auch zeigen: Zugewanderte nehmen nicht nur – wie ihnen das oft unterstellt wird –, sondern sie geben ganz viel. Für die Integration ist das ein wichtiges Moment, findet Asli Peker Gaubert, weil so Stereotype abgebaut werden. „Vietnamesen etwa treten hier öffentlich zumeist nur als Blumen- oder Zigarettenverkäufer in Erscheinung.

Bei uns kann man sie auch als Kursleiter erleben, als Individuen mit besonderer Geschichte.“


So soll auch den Asylbewerbern im Stadtzentrum künftig eine Art gestaltender Teilhabe ermöglicht werden. Noch aber ist die neue Unterkunft nicht fertig. Und noch weiß niemand, wer kommen wird, Syrer, Iraker vielleicht? Egal, Asli Peker Gaubert freut sich auf ihre Aufgabe und vertraut ihrer Erfahrung: Wenn die Menschen da sind und man sich kennenlernt, verschwinden auch die Vorurteile.

Eines allerdings hat sie nachdenklich gemacht: „Nach dem Eklat in Hellersdorf taten wir viel und dachten, die Lage sei stabil. Dann aber wieder eine Welle fremdenfeindlicher Stimmung. Mir zeigt das: Nachbarschaftsarbeit braucht einfach Kontinuität.“

Bernd Schüler

Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte
Tel. 030/9989502
E-Mail: kieztreff-marzahn-mitte@volkssolidaritaet.de
www.volkssolidaritaet.de/berlin/begegnung-kultur/begegnungszentren/marzahn/#c1032




 Asli Peker Gaubert (Mitte) mit zwei jungen Vietnamesinnen im interkulturellen Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte.
Foto: Joachim Adam

2001 floh Khaled Davrisch mit seinen Eltern aus Syrien nach Deutschland. Der 27-jährige Krankenpfleger und Familienvater engagiert sich im interkulturellen Stadtteilzentrum in Berlin-Marzahn und berät ehrenamtlich Flüchtlinge. Hier berichtet er über die Kurde, welche Hürden er bei der Integration nehmen musste, wo er Sensibilität im Umgang mit Asylbewerbern vermisst und wie er auf plumpe Angriffe reagiert.

„Ich freue mich einfach, helfen zu können“

Niemand verlässt gerne seine Heimat. Wer anderes behauptet, kennt die Flüchtlinge nicht. Nehmen Sie den Mathematik-Professor, den ich gerade im Stadtteilzentrum berate. Er lebte in der syrischen Stadt Aleppo, dort tobte der Krieg, sie flohen. Jetzt ist er mit seiner Frau hier in Sicherheit, aber sein Professoren-Titel wird nicht anerkannt. Die wissenschaftliche Karriere – aus und vorbei.

Oder schauen Sie meinen Vater an. Er hatte einen landwirtschaftlichen Betrieb mit 60 Angestellten und vielen Tausend Hektar Land. Als Kurde für die PKK aktiv, wurde er oft verhaftet und immer wieder erpresst. Seine acht Kinder, fand er, sollten das nicht auch durchmachen müssen. Deshalb entschied er 2001, wir gehen. Egal wohin, Hauptsache weg.

In den Behörden müsste es mehr Sensibilität geben

Hier in Berlin angekommen, hatte sich nicht nur seine wirtschaftliche Existenz aufgelöst, auch sein Wissen galt nichts mehr. Und neues Wissen erwerben, etwa Deutsch lernen, ist ihm kaum möglich, weil er nicht schreiben und lesen kann. Doch das wollen die Behörden so nicht akzeptieren. Eine Sprache lernen kann doch jeder, heißt es. Und so sitzt mein Vater, ein älterer Herr inzwischen, immer wieder vor dem Schreibtisch des Sachbearbeiters und fühlt sich erniedrigt.

Viel wäre erreicht, wenn es gerade in den Behörden mehr Sensibilität für die Situation der Flüchtlinge geben würde. Wenn die Mitarbeiter berücksichtigen, was die Leute alles verloren haben, dass sie vielleicht traumatisiert sind. Aber oft stellen es Medien und Ämter so dar, als wären die Flüchtlinge immer nur die Bösen, die mehr haben wollen als ihnen zusteht.

Ich bin natürlich froh, dass ich hier sein kann. Ich musste nicht im Krieg aufwachsen und bin anders als in Syrien nicht mehr staatenlos. Ich habe inzwischen einen deutschen Pass, eine Ausbildung und eine Arbeit, die mich und meine Familie ernährt. Berlin ist meine Heimat. Aber bis es soweit war, war es ein schwerer Weg. Nachgeworfen wurde mir nichts.

13 Jahre alt war ich, als wir aufbrachen. Fragen Sie mich nicht, wie wir nach Deutschland gekommen sind. Aus einem Auto aus- und in ein anderes einsteigen – das ist das Einzige, an was ich mich erinnern kann. Nach einem Sprachkurs kam ich gleich in die neunte Klasse. Acht Jahre wohnten wir im Heim, gelebt habe ich von 105 Euro im Monat. Ob wir bleiben durften, war lange ungewiss.

Einen Schulabschluss machen – das ist das, was mir gestattet war. Schon bei einem Praktikum stellten sie sich quer. Die erforderliche Arbeitserlaubnis wurde mir verweigert. Schlimmer aber war, als es um einen Ausbildungsplatz ging. Die Vivantes-Kliniken boten da-

Khaled Davrisch ist überzeugt: Was er als Flüchtling aus Syrien alles mitgemacht hat, muss anderen Flüchtlingen nicht auch widerfahren. Darum engagiert er sich im Stadtteilzentrum Berlin-Marzahn.

mals jugendlichen Flüchtlingen eine Berufsausbildung an, ein sehr gelobtes Projekt. Ich bekam einen Platz, brauchte dafür aber einen Aufenthaltsstatus. Sicher kein Problem, nahm ich an, ich wollte mir ja meinen Lebensunterhalt selbst verdienen. Denkste, die Sachbearbeiterin sagte: „Wieso wollen Sie denn arbeiten? Seien Sie doch froh, zu Hause bleiben und Fernsehen gucken zu können.“ Zum ersten Mal in meinem Leben habe ich eine ältere Person angeschrien, und nur einem Zufall war es zu verdanken, dass es mit der Ausbildung doch noch geklappt hat.

Immer die Abschiebung im Nacken

Aber daran zeigt sich, was ich so verückt finde. Einerseits unterstellt man Flüchtlingen oft, sie wollen nicht arbeiten und sich nicht anpassen. Andererseits verweigert man ihnen einen normalen Alltag. Stichworte Residenzpflicht, Studierverbot, bis vor Kurzem Arbeitsverbot. Stellen Sie sich vor, meine Frau war über 25 Jahre nur geduldet – wie soll man sich da auf ein neues Leben einlassen, wenn man immer die Abschiebung im Nacken hat?

Ich weiß noch, wie fremd uns vieles war, als wir hier ankamen, wie hilfsbe-



dürftig wir waren im Umgang mit den neuen Anforderungen. Im Heim gab es immerhin einen Flüchtling, der schon etwas länger da war und der uns immer mal zu Terminen begleitete. Aber sonst waren wir auf uns allein gestellt – schlimm. Gut wäre es gewesen, es hätte jemand gegeben, der uns an die Hand genommen hätte.

So jemanden fand ich erst, als ich meine erste Ausbildung zum Elektriker abgebrochen habe. Ich ging zu einer Beratungsstelle für jugendliche Flüchtlinge. Eine Rettung, denn dort lernte ich einen Sozialarbeiter kennen, der mir sehr half. Über ihn kam ich an meine Krankenpflege-Ausbildung, er hat mir einen Aufenthaltstitel besorgt und mir bei der Einbürgerung geholfen. Selbst ein Flüchtling, wurde dieser Mann zu einem Vorbild für mich.

Er ist auch „schuld“, dass ich mich seither viel engagiere, erst bei „Jugendliche ohne Grenzen“, dann eine Weile im Migrationsrat Berlin-Brandenburg. Und über das Projekt in meiner Klinik traf ich auf eine Mitarbeiterin, die im Stadtteilzentrum Marzahn Migranten berät. Schnell wurde daraus ein größerer Einsatz: Seit bald sieben Jahren gehe ich dorthin, um Flüchtlinge zu

beraten. Oft dolmetsche ich auch, ich kann ja arabisch. Inzwischen haben sie dort sogar meinen Dienstplan, so wissen sie, wann ich kommen könnte. Andere Leute haben ein Hobby, ich verbringe eben viel Zeit dort, manchmal fahre ich drei, vier Mal die Woche da raus.

Ich weiß, wie sich die Leute fühlen

Ich freue mich einfach, helfen zu können. Ich weiß, wie sich die Leute fühlen. So wie ich das alles durchgemacht habe, muss das nicht sein. Und ich finde, Flüchtlinge sollten die gleichen Rechte und Pflichten haben. Dafür kämpfe ich auch noch privat. Weil wir in Syrien staatenlos und nicht registriert waren, gibt es weder ein Familienbuch noch eine Geburtsurkunde. Deshalb haben meine Frau und ich in Dänemark geheiratet. Dort bekommt man eine internationale Heiratsurkunde. Trotzdem will meine Sachbearbeiterin das nicht anerkennen, nicht ohne Geburtsurkunde. Aber was soll ich denn tun, in das Kriegsgebiet reisen und eine Urkunde fordern? In erster Instanz hat uns das Gericht Recht gegeben.

Wo immer ich mich sonst engagiere, will ich dafür sorgen, dass dieser Gedanke verschwindet, Menschen kämen

hierher, um den Deutschen das Geld wegzunehmen. Wobei nicht alle Leute für Aufklärungsversuche offen sind. Neulich etwa warte ich an einer Straßenbahn-Haltestelle, da kommt ein großer, angetrunkenener Mann auf mich zu und sagt: „Scheiß-Flüchtling.“ Ich gebe zurück, ich sei seit ein paar Jahren Deutscher. „Aber du bist kein Arier“, legt er nach, „sondern ein Jude, du gehörst in den Ofen.“ Da sage ich: „Ja, bei dem Wetter könnte etwas Wärme nicht schaden.“

Natürlich, so eine Begegnung geht nicht spurlos an mir vorbei. Aber ich schaffe es immer besser, solche Leute mit Humor zu nehmen. Manchmal tun sie mir in ihrer kleinen engen Welt auch leid. Ansonsten baue ich auf das Beispiel einer Kollegin von der Krankenpflege-Schule. Die hat auch erst viel über sogenannte Asylanten geschimpft – bis ich mit ihr gesprochen habe. Es zeigte sich, sie kannte vorher keinen Flüchtling und bezog ihr Wissen nur aus der Bild-Zeitung. Sie sah ein, wie begrenzt informiert sie war – und wurde offener. Noch heute sind wir gute Freunde.

Aufgezeichnet von Bernd Schüller

„Hauptstadt des Widerstands“



Aktiv gegen rechts: Hartmut Anders-Hoepgen (links), Katharina Kostusiak und Michael Plackert auf dem Dortmunder Friedensplatz

Foto: Bernd Kleiner

Dortmund wehrt sich. In der Ruhrgebietsmetropole hat sich ein breites Bürgerbündnis gegen neonazistische Umtriebe formiert. In dessen Rahmen wirkt auch der Verein BackUp – ComeBack e. V. als Träger der gleichnamigen Beratungsstellen für Opfer rechts-extremer Gewalt und für Ausstiegswillige der braunen Szene.

Der konkrete Anlass, BackUp zu gründen, ist dem Vereinsvorsitzenden Hartmut Anders-Hoepgen noch immer präsent: Da war diese Familie im Stadtteil Dorstfeld. Sie wurde von den örtlichen Neonazis wegen ihrer Anti-Rechts-Einstellung dermaßen drangsaliert, dass sie es irgendwann nicht mehr aushielt und fortzog. „Da war klar, dass wir für solche Menschen eine professionelle Beratung brauchen“, so Anders-Hoepgen. „Wir“ ist das große Dortmunder Netzwerk gegen Rechtsextremismus, in dem zivilgesellschaftliche Initiativen, die Stadtverwaltung, die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und die Polizei vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Einzelheiten über die Familie in Dorstfeld möchte Hartmut Anders-Hoepgen nicht preisgeben. „Opferschutz hat bei uns höchste Priorität“, erklärt Katharina

Kostusiak, die Leiterin von BackUp. Daher schildern die beiden auch keine Fallbeispiele, nicht einmal anonym.

Der Personenkreis der Opfer ist keinesfalls klein: „Fast jeden zweiten Tag kommt es in Nordrhein-Westfalen zu einer rechten Gewalttat“, schreibt BackUp in einer Broschüre. Es trifft Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen, die sich politisch gegen Rechtsradikale engagieren, Menschen, die den Neonazis nicht ins Weltbild passen. Sie werden angepöbelt, beleidigt, bedroht und auch tätlich angegriffen.

„Proaktive Recherche“

Das Beratungsteam – sieben Kräfte – wartet nicht, bis die Opfer um Unterstützung bitten. „Wir betreiben auch proaktive Recherche“, sagt Katharina Kostusiak. BackUp arbeitet dabei mit Multiplikatoren und der Polizei zusammen. Auf diesem Weg bietet die

Einrichtung den Betroffenen ihre Hilfe direkt an, andere Opfer erfahren über Internet-Suchmaschinen oder Infobroschüren von BackUp.

Die konkrete Unterstützung hängt vom Einzelfall ab, aber immer geht es darum, wie die Betroffenen mit dem Vorfall fertig werden. „Manche wollen einfach nur drüber reden“, sagt Katharina Kostusiak. Anderen vermittelt BackUp therapeutische Hilfe, um das Erlebte verarbeiten zu können. Oder einen Anwalt, um juristisch gegen die Täter vorgehen zu können. „Ob Anzeige oder nicht, müssen die Betroffenen alleine entscheiden“, sagt die Leiterin der Beratungsstelle. Gedrängt wird nicht. Denn als Zeuge oder Zeugin auszusagen, sich also vor Gericht gegenüber der Täterseite zu offenbaren, sei keineswegs leicht, wie Katharina Kostusiak weiß. Umso wichtiger ist es BackUp, dass die Opfer einen solchen

Schritt nicht alleine tun. „Wir begleiten sie während des ganzen Prozesses“, so die Leiterin. Manche Fälle zögen sich über Jahre hin.

Seit der Gründung 2011 hat die Beratungsstelle 220 Opfer rechter Gewalt betreut. Ihr Wirkungsbereich erstreckt sich über Dortmund hinaus auf den gesamten westfälisch-lippischen Teil des Landes. Das kommt auch im Zusatz des Vereinsnamens zum Ausdruck: „Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“.

„In Dortmund sind die führenden Köpfe der Neonazi-Szene“

Warum ist Dortmund ein Zentrum der Neonazi-Szene? „Weil hier die führenden Köpfe sind“, erklärt Hartmut Anders-Hoepgen. Die Stadt gerät immer wieder in die Schlagzeilen: Die Partei „Die Rechte“ hat seit der jüngsten Kommunalwahl ein Mandat im Stadtrat sowie in Stadtbezirksvertretungen. Am Abend der Wahl zum Beispiel wollten Neonazis das Rathaus betreten, was eine entschlossene Gegenwehr von Demokraten und der Polizei jedoch verhinderte. Fackelaufmärsche, aggressive Störung eines Bürgerdialogs über ein Flüchtlingsheim, tätliche Übergriffe, verletzte Polizisten, Einschüchterungsversuche, jede Form von Alltagsrassismus, all das steht auf der Liste neonazistischer Untaten. „Sie veröffentlichen Fotos von Gegnern im Internet oder fingieren Todesanzeigen“, so Anders-Hoepgen. „Die Gewaltbereitschaft hat zugenommen“, meint Katharina Kostusiak.

ComeBack hilft Aussteigern

Vor diesem Hintergrund ist es nur zu begreiflich, dass bei ComeBack, der Ausstiegsberatung, Anonymität ganz wichtig ist. Kein Name, kein Foto und noch nicht einmal Andeutungen zu Einzelfällen sind für einen Bericht zu erhalten. „Jeder Hinweis könnte nachverfolgt werden“, erklärt Hartmut Anders-Hoepgen. Dieses Risiko möchte ComeBack auf keinen Fall eingehen. In völliger Offenheit hingegen beschreibt der Vorsitzende des Trägervereins die Arbeit der Beratungsstelle: Sie unterstützt jede Person, die die rechts-

radikalen Kreise verlassen will. Mehr noch: In erster Linie „verfolgen wir einen präventiven Ansatz“.

Ausstieg vom Einstieg

ComeBack zielt auf den „Ausstieg vom Einstieg“. Die Rechtsextremen rekrutieren ihren Nachwuchs unter Teenagern, vor allem unter den 13- bis 15-Jährigen. ComeBack und sein Trägerverein knüpfen daher Kontakte zu Leuten, die mit jungen Menschen zu tun haben wie Ausbilder, Trainer oder Lehrer. Ihnen vermittelt der Verein, „wie die Nazis vorgehen“. Es soll das Bewusstsein dafür schärfen, rechtzeitig zu erkennen, ob ein junger Mensch in die Szene abzudriften droht. In Rückkoppelung mit ComeBack sollen die Kontaktpersonen versuchen, eine Beziehung zu den Jugendlichen aufzubauen, die letztlich zur Umkehr führt.

Um sein Präventivmodell ausbauen zu können, hatte sich der Verein für ComeBack mit einem Modellprojekt beim Bundesprogramm „Demokratie leben“ beworben: Es sah ein Kooperationsmodell mit Unternehmen und Institutionen vor. „Gerade in Ausbildungsbetrieben kriegen sie doch ein solches Abgleiten in die Szene direkt mit“, sagt Hartmut Anders-Hoepgen. Aber das Projekt erhielt keinen Zuschlag, was der Vorsitzende sehr bedauert: „Das hätte wieder einen Brückenkopf der Nazis zum Bröseln gebracht.“

Den Neonazis kein Terrain überlassen

„Brückenkopf“, „Frontstadt“, „Kampfbereich“. Bei Hartmut Anders-Hoepgen stehen solche markigen Wörter für die feste Entschlossenheit der Dortmunder Stadtgesellschaft, den Neonazis kein Terrain zu überlassen. 2007 beschloss der Stadtrat einen lokalen „Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. Als ehrenamtlicher Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters für diesen Bereich stellte sich Hartmut Anders-Hoepgen zur Verfügung. Der pensionierte Superintendent der Evangelischen Kirche in Dortmund und Lünen erhielt die Aufgabe, zusammen mit den beiden hauptamtlichen Fachreferenten einer neu geschaffenen Koordinierungsstelle alle „zivilgesell-

schaftlichen Projekte“ gegen rechts zu vernetzen. „Das hat sich immer mehr ausgeweitet“, bilanziert er.

Wegen dieses Erfolgs ärgert es Michael Plackert von der Koordinierungsstelle, wenn in den Medien Dortmund nur als Nazi-Hochburg bezeichnet wird: „Wir sind die Hauptstadt des Widerstands!“ Plackert listet auf: vier große stadtweite Netzwerke gegen Rechtsextremismus, dazu sieben Runde Tische in den Stadtbezirken, ein Runder Tisch des Oberbürgermeisters und jährlich zwei Aktionskonferenzen der Koordinierungsstelle mit allen Beteiligten. Fußball-Bundesligist Borussia Dortmund zählt ebenso zum Anti-Rechts-Bündnis wie die 33 Schulen mit dem Prädikat „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, Kirchen, Gewerkschaften, Jugendverbände und nicht zuletzt der Verein „BackUp – Come-Back“ mit 35 Mitgliedern sowie sieben Fördermitgliedern, darunter Kommunen und Institutionen.

Die Stadt lässt sich das Engagement etwas kosten

Dieses Engagement unterstützt die Stadt auch finanziell – trotz der angespannten Etatsituation, wie Michael Plackert betont. Allein für die Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekte stellt sie jährlich 200.000 Euro bereit, die Kosten für die Hauptamtlichen der Koordinierungsstelle kommen noch obendrauf. Jüngst kaufte die Stadt den Neonazis ein Haus vor der Nase weg, in dem diese ein „Nationales Zentrum“ mit Kaderschmiede errichten wollten. Nun wird dort ein Jugendkulturcafé einziehen – ein weiterer Vorposten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Dortmund.

Bernd Kleiner

BackUp – ComeBack
 Westfälischer Verein für die offensive
 Auseinandersetzung mit dem Rechts-
 extremismus e. V., Dortmund
 Hartmut Anders-Hoepgen
 Tel.: 0172/3094746
 E-Mail: info@backup-comeback.de
 www.backup-comeback.de

DAS INTERVIEW

„Ausgrenzung erkennen und ihr adäquat begegnen“

Der Paritätische Thüringen hat ein neues Gütesiegel: Im Rahmen seines Beratungsnetzwerks gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und für demokratische Teilhabe des Projektes „Schau HIN – Handeln – Initiieren – Neugestalten“ zeichnet er Mitgliedsorganisationen aus, die ihre Beschäftigten für ein „Internes Beratungsmanagement zur Demokratiestärkung“ qualifizieren. Diplom-Soziologin und Projektkoordinatorin Elisa Grahmann stellt das Konzept vor.

Das Ziel von „Schau HIN“, das im Januar 2013 startete, ist „demokratische und beteiligungsoffene Mitgliederstrukturen mit einem verbandsinternen Beratungsnetzwerk zu unterstützen“. Wie sieht das in der Praxis aus?

Elisa Grahmann: Wir wollen couragiertes Handeln unterstützen und für die Ideologie der Ungleichwertigkeit und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sensibilisieren. Im Rahmen des Netzwerks wird über Formen von Abwertung und Diskriminierung bis hin zu organisierten rassistischen oder nazistischen Strukturen aufgeklärt. Und die Teilnehmenden lernen, wie sie diese erkennen. Beispielsweise wurden verschiedene Mikroprojekte initiiert. So wurde ein Interkultureller Flohmarkt organisiert, es fanden Lesungen zum Thema „Europas radikale Rechte“ statt. Aber auch Informationsveranstaltungen für die Kolleginnen und Kollegen in den Mitgliedsorganisationen sind Bestandteil der Arbeit. Das Wissen-Erkennen-Deuten in aktives Handeln zu übertragen, ist erfahrungsgemäß der Schwierigste. Dieser Schritt verlangt zuallererst eine gemeinsame, gelebte, menschenrechtsorientierte und empathische Haltung.

Wie kommt man da hin?

Um diese Haltung zu erlangen und menschenfeindlichen Entwicklungen entgegenzuwirken, wollen wir eine

demokratische, interkulturelle und inklusive Öffnung der Organisationen bewirken. Wir wollen konstruktive Partizipationsformen als Entwicklungspotenzial in der Organisationskultur installieren. Denn diese sind die Basis, um Ausgrenzung, Ungleichwertigkeit und antidemokratische Herausforderungen nicht nur zu erkennen, sondern diesen auch adäquat begegnen zu können.

Welche Rolle spielt das Netzwerk?

Wir haben im Projekt „Schau HIN – Handeln, Initiieren, Neugestalten“ das Beratungsnetzwerk gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und für demokratische Teilhabe geknüpft, um die Mitgliedsorganisationen praktisch zu unterstützen. In diesem Netzwerk sind zum einen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Thüringen aktiv, aber auch Personen aus professionellen Beratungs- und Projektstellen wie mobit, ezra und Perspektivwechsel. Sie arbeiten und lernen von- und miteinander.

Sie kooperieren auch intensiv mit dem Bildungswerk BLITZ e.V., einem Träger der freien Jugendhilfe mit Sitz in Stadtroda...

Das Bildungswerk BLITZ ist maßgeblich eingebunden in die inhaltliche Konzipierung, die Gestaltung und Umsetzung des Projekts. Der Verein ist selbst Mitglied im Paritätischen Thüringen und hat seit vielen Jahren

Projekte beispielsweise zur Demokratieentwicklung und für Zivilcourage umgesetzt. Für Schau HIN wurde ein Organisationsteam unter anderem mit Judith Tuchscheerer, Janine Patz, Michael Schaffhauser und Nico Przeliorz, welche über vielfältige Projekterfahrungen aus verschiedenen Regionen in Thüringen verfügen, zusammengestellt. Das Team konzipiert die Ziele, prüft aber auch, ob die Umsetzung machbar ist, und arbeitet eng mit der Projektkoordination des Paritätischen Thüringen zusammen.

Zu Ihrem Netzwerk gehören noch weitere Partner...

BLITZ hat neben den Erfahrungen im Themenfeld auch die Kontakte zu professionellen Beratungsstellen wie MOBIT – der Mobilen Beratung für Demokratie, gegen Rechtsextremismus Thüringen, ezra – der Mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und PERSPEKTIVWECHSEL+ mitgebracht. Das ist für das Projekt sehr wertvoll. Denn durch das Netzwerk von Beraterinnen und Beratungsmanagern, aus Organisationen des Landesverbandes des Paritätischen Thüringen, dem Bildungswerk BLITZ sowie den externen professionellen Beratungseinrichtungen ergibt sich ein wertvoller Informationsaustausch. Nur so können gemeinsam Handlungsoptionen entwickelt und wirksam umgesetzt werden.

Wie läuft die Umsetzung konkret?

Das Beratungsnetzwerk kommt einmal im Quartal zu einem Vernetzungstreffen zusammen und steht auch sonst im regen Austausch. Die gemeinsame Arbeit im Netzwerk ist von großer Bedeutung. Denn die Beratungsmanager können nur dann handeln, wenn sie ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen innerhalb des Netzwerks beraten und sich absichern können. Ganz wichtig ist uns hierbei der Zugang für professionelle, externe Beratungsstellen, um beispielsweise Standards wie den Opferschutz garantieren zu können. Denn nur so können wir Diskriminierung oder auch antidemokratische Erscheinungen im Umfeld von Organisationen erfolgreich bearbeiten.

Das Beratungsnetzwerk ist zudem emotionale und gegenseitige Stärkung für die Netzwerker und zugleich eine Plattform für gemeinsame Ideen. Daraus können wir dann Haltungen und Positionen entwickeln oder Impulse für den Verband setzen. Nicht zuletzt ist eine dauerhafte Beschäftigung mit den Formen von antidemokratischen Strukturen erforderlich, um auf dem Laufenden zu bleiben. Das kann ein einzelner Mensch nicht stemmen, und deshalb ist uns ein gut funktionierendes Netzwerk äußerst wichtig.

Wer kann bei „Schau HIN“ mitmachen?

Jeder Verein im Paritätischen Thüringen. Aktuell wollen wir zum Beispiel auch Menschen in Leitungsverantwortung ansprechen, von neuen Mitgliedsorganisationen aber auch von den bereits Beteiligten, da wir ihre Unterstützung für das Beratungsnetzwerk dringend brauchen.

Sie haben bereits die qualifizierten Beratungsmanager und Beratungsmanagerinnen angesprochen. Was sind das für Menschen und was tun sie genau?

Seit Beginn des Projekts „Schau HIN“ sind 14 Männer und Frauen aus den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Thüringen zu Beratungsmanagern und -managerinnen qualifiziert worden. Sie haben alle erfolgreich an ei-



**Projektkoordinatorin
Elisa Grahmann**

ner intensiven Qualifizierungsreihe mit sechs jeweils zweitägigen Modulen teilgenommen und tauschen sich regelmäßig in Netzwerktreffen aus. Sie können Defizite, Konflikte und Probleme wahrnehmen, erkennen und aufgreifen.

Man kann die Beratungsmanager ähnlich wie Antidiskriminierungsbeauftragte begreifen, denn sie sind in ihren Organisationen Kontakt- und Ansprechpartner und -partnerinnen. Ebenso sind sie in ihrem Umfeld Informations- und Vermittlungsstelle für Interessierte wie auch für Menschen, die von Ausgrenzung betroffen oder mit antidemokratischen Entwicklungen konfrontiert sind. Sie werden aber nicht selbst direkt im Konfliktfeld aktiv, sondern vermitteln die Betroffenen an die professionellen und externen Beratungsstellen im Netzwerk. Darüber hinaus geben sie Impulse und sind Initiatorinnen beziehungsweise Initiatorinnen für partizipative Projektideen und neue Beteiligungsformen.

Auf Verbandsebene streben Sie eine stärkere Verankerung von „Schau HIN“ an. Wie soll diese aussehen?

Ganz wichtig ist die Nachhaltigkeit. Wir wünschen uns, dass das Beratungsnetzwerk auch nach Ablauf des Projekts im Paritätischen Thüringen aktiv ist und sich die Akteure weiterhin treffen, austauschen, unterstützen. Wir möchten im Landesverband eine

thematische Fachgruppe installieren, die praktische Erfahrungen nutzbar macht und Impulse des Netzwerkes für den Landesverband oder darüber hinaus aufgreifen und weiterverfolgen kann.

In den nächsten Monaten möchten wir zudem die Funktion und das Potenzial der Beratungsmanager und Beratungsmanagerinnen innerhalb der Mitgliedsorganisationen noch einmal verdeutlichen. Das ist wichtig, um dieser verantwortungsvollen Aufgabe auch eine dauerhafte Legitimation einräumen zu können. Hierzu ist unter anderem angedacht, Leitungs- und Führungskräfte der Mitgliedsorganisationen zu sensibilisieren.

Bis Ende 2016 ist die Arbeit von „Schau HIN“ durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und das thüringische Landesprogramm „Denk bunt“ gesichert. Wie soll's danach weitergehen?

Wenn wir die Fachgruppe verankert haben, ist es unser Ziel, dass „Handeln – Initiieren – Neugestalten“ fester Bestandteil der sozialen Arbeit wird und dafür auch Ressourcen der jeweiligen Einrichtungen eingestellt werden. Im Netzwerk und mit einem Unterstützerkreis können so neue demokratische und antidiskriminierende Beteiligungs- und Kommunikationsstrukturen etabliert werden. Auch die Vergabe des Gütesiegels „demokratiestärke Mitgliedsorganisation des Paritätischen Thüringen“, das die ersten Organisationen bereits verliehen bekommen haben, setzt ein Zeichen. Es kann Anreiz für weitere Mitgliedsorganisationen schaffen, die sich klar positionieren und engagieren möchten.

Die Fragen stellte Corinna Willführ

Der Paritätische Thüringen e. V.
Elisa Grahmann, Tel.: 036202/26162
E-Mail: egrahmann@paritaet-th.de

Bildungswerk BLITZ e. V.
Judith Tuchscheerer
Tel.: 036428/51722
E-Mail: tuchscheerer@
bildungswerk-blitz.de
www.demokratiestark.de



Anna Cardinal hat gemeinsam mit Sina Hätti viel recherchiert, um herauszufinden, welche Produzenten vorurteilsbewusstes Spielzeug herstellen.

Foto: Gerlinde Geffers

Eine Spielzeug-Positivliste bringt schwarze Puppen ins Kinderzimmer

Spielzeug, das die Lebenswelt von Kindern mit dunkler Haut widerspiegelt ist noch schwer zu finden. Zwei Mütter wollen das ändern.

Sie waren es leid. Geburtstag, Weihnachten, Ostern, immer suchten Anna Cardinal und Sina Hätti wochenlang Spielzeug, mit dem sich ihre afrodeutschen Kinder positiv identifizieren können. Oft vergeblich. Dann gingen sie die Sache systematisch an und lernten viel über den deutschen Spielzeugmarkt. Das Ergebnis: Die beiden Vorstandsfrauen des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften in Hamburg erstellten eine wertvolle Einkaufshilfe für Eltern und Kitas – die Spielzeug-Positivliste. Darf ein schwarzer Mann Polizist sein?

Kinder stellen solche Fragen. Wie der kleine Junge, der mit seinem Vater auf USA-Urlaub war. Cornelia Pries hat den Vater auf dem Elternworkshop „Schwarze Kinder stark machen“ erlebt. Dort erzählte er, wie er und sein Sohn aus dem Hotelzimmer guckten und einen schwarzen Polizisten sahen. „Papa, darf der das überhaupt?“ Was sein Sohn mit dieser Frage meinte, verstand der Vater im ersten Moment nicht. Im zweiten wurde ihm klar: Der Junge wusste nicht, ob ein schwarzer Mann Polizist sein darf. Er hatte zuvor nie einen gesehen.

Cornelia Pries ist Geschäftsführerin des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften in Hamburg. Sie erzählt die Geschichte am Familienachmittag des Verbandes. Das Thema ist „Lieblingsspielzeuge“. Ein deutsch-gambianisches Paar ist gekommen, eine nigerianische Mutter mit ihrer vierjährigen Tochter, die beiden Vorstandsfrauen mit ihren Kindern Joan und Raja. Joan packt zwei Polizeiautos aus und eine ganze Mannschaft schwarzer Polizisten. Der mit dem Mikrofon sei vom SEK, erklärt der Sechsjährige. Einer seiner Polizisten hat so

gar ein Seil dabei, mit dem er sich aus dem Hubschrauber abseilen kann. Auch Joan war sich nicht sicher, ob ein schwarzes Kind Polizist werden kann, erinnert sich seine Mutter Sina Hätti. Das änderte sich, als sie ihm schwarze Polizisten von Playmobil schenkte. Die hat sie nicht mal eben im Spielzeugladen gekauft, sondern extra bestellt. Auch Anna Cardinal hat die Püppchen für ihre Tochter Raja erst nach mühsamer Recherche gefunden. Raja hat sich lange überreden lassen, ehe ihre Mutter die Püppchen für diesen Nachmittag einpacken durfte. Lieber hätte sie die die schwarze Kleinfamilie in ihrem Puppenhaus gelassen. Damit die Figuren nicht verloren gehen.

Schwarze Spielfiguren sind rar und begehrt

Das ist kein abwegiger Gedanke. Im Spielzimmer des Verbandes ist die Welt vielfältig. Cornelia Pries nimmt einen Schulbus aus dem Regal und sucht die Fahrgäste zusammen: schwarze, asiatische, weiße Kinder. An der Wand hängt ein Wimmelbild, auf dem Menschen aus vielen Nationen zu sehen sind. Das Bilderbuch „That’s my mom“ zeigt auf dem Titel ein schwarzes Mädchen mit einer weißen Mutter. Hier, wo sich regelmäßig einzelne Elternteile mit ihren Kindern zum begleiteten Umgang treffen, verschwinden die schwarzen Figuren ziemlich schnell, sagt Cornelia Preis: „Wir sind dann nicht sauer.“ Die wenigsten Kinder haben Eltern, die sich durchs Internet wühlen und schließlich im Ausland Spielzeug bestellen.

„Man kann Dinge ändern“

In Deutschland ist solches Spielzeug kaum zu finden. Anna Cardinal und Sina Hätti stießen bei ihren Recherchen immer wieder auf Merkwürdigkeiten. Da gab es in Frankreich, Dänemark oder Schweden schwarze oder chinesische Prinzessinnen. Im deutschen Paket desselben Herstellers waren alle Prinzessinnen weiß und blond oder bestenfalls brünett. Oder Spielzeugläden boten exotische schwarze Charaktere an wie afrikanische Tänzer oder Krieger mit Lendenschurz und Speer. Normale schwarze Menschen in einem normalen deutschen Leben gab

es nicht, schon gar nicht als Ärztinnen oder Polizisten. Oft reagierte das Verkaufspersonal auf die Frage nach schwarzen Charakteren peinlich berührt oder verständnislos „Das war ihnen richtig unangenehm“, sagt Anna Cardinal. Immer wieder bekamen sie den Tipp, doch in den USA oder Frankreich zu kaufen. Das wollten die Frauen ändern – auch um ihren Kinder vorzuleben, dass man Dinge ändern kann. Sie wollten den deutschen Herstellern verdeutlichen, dass es auch hierzulande einen Markt gibt. Und: „Wir wollten unseren Kindern zeigen, dass es Spielzeug gibt, das aussieht wie sie und nicht nur wie viele andere“, sagt Anna Cardinal. Sie beschlossen, aus ihren privaten Recherchen ein Projekt zu machen und eine Spielzeug-Positivliste zu erstellen, die auf vorurteilsbewusstes Spielzeug und die Bezugsquellen hinweist.

Es liegt nicht nur an den Herstellern ...

Mit diesem Anliegen schrieben sie alle großen und die meisten kleinen Hersteller an. Sie fragten nach Spielzeug, das ihren Kriterien entsprach: Verortet in Deutschland, keine Klischees, schwarze Kinder als Teil unserer Gesellschaft – das war ihnen am wichtigsten. Mit dem schwarzen Flüchtlingskind im Kinderbuch wollten sie sich nicht zufriedengeben, eher suchten sie ein schwarzes Kind, das ein Meer-schweinchen großzieht oder beim Buchstabierwettbewerb mitmacht. Sie suchten Spielzeug und Bücher, in denen schwarze Kinder und Erwachsenen wichtig sind und keine Nebenrollen spielen, in denen sie mit natürlicher Haarstruktur dargestellt werden und nicht ein deutsches Schönheitsideal übergestülpt bekommen.

Was dann kam, hat sie überrascht: „Extrem viele Firmen haben großes Interesse gezeigt“, sagt Sina Hätti. Offenbar, so stellten die Frauen fest, liegt es nicht am Willen der Firmen, sondern an der Nachfrage der Kunden. So bot zum Beispiel der traditionelle Puppenhaushersteller Caco an, einzelne Puppen anzufertigen. Immerhin hat er schon heute eine Großfamilie schwarzer Puppen im Angebot. Auf Wunsch würden sie auch Feuerwehrmänner oder andere attraktive Berufe >>



ElsterPark
natürlich für ALLE



Barrierefreier Erlebnis-Urlaub



Erholsame Übernachtungen
für Gruppen und Familien
im TraumHaus.

Rollstuhlgerechte Doppelzimmer,
Familienzimmer bei Bedarf
mit Pflegebett.

Kulinarischer Genuss
im BlauHaus,
wahlweise Halb- / Vollpension.

www.elsterpark-herzberg.de



direkt am Fluss „Schwarze Elster“
04916 Herzberg | Badstraße 29-30

☎ Telefon 03535 48 30 0



Noch eine Rarität – aber es gibt sie: schwarze Spielzeugfiguren wie diese Polizisten.

in Schwarz anfertigen. Auch große Hersteller wie Lego oder Playmobil sagten zu, zu normalen Preisen einzelne schwarze Puppen, die in deutschen Sets nicht vorkommen, zu liefern.

Es mangelt an größerer Nachfrage

Wie schwer es ist, die Kunden zu erreichen, erfuhr Anna Cardinal in einem Gespräch mit dem Holzfiguren-Hersteller Ostheier. Sie hätten zum Beispiel zu Weihnachten schwarze Engel produziert, erzählte der Enkel der Gründerin, die seien aber nicht gekauft worden. Hin und wieder hätten schwarze Kinder angerufen. Dann habe er ein paar Figuren in Schwarz produzieren lassen und den Kindern geschenkt. „Er war total interessiert, in höheren Auflagen zu produzieren“, sagt Anna Cardinal.

Wie aber schafft man einen Markt? In Schweden, Dänemark oder Frankreich gibt es ihn. Dort sind die Kindergärten verpflichtet, Spielzeug einzukaufen, das unter anderem Diversität abbildet. So wundert es nicht, dass die dortigen Spielzeugsets nicht nur weiße Figuren enthalten. Dort würde nicht passieren, was die nigerianische Mutter vom Erzieher ihrer kleinen Tochter erfahren hat. Die Kleine ist das einzige schwarze Kind im Kindergarten und wollte, wie die anderen Mädchen auch, eine

Prinzessin sein. Was genau passiert ist, weiß auch der Erzieher nicht. Nur, dass viele Kinder ihn gefragt hätten, wie das denn sein könnte, wo es doch gar keine schwarzen Prinzessinnen gibt. Er habe ihnen erklärt, dass es Prinzessinnen in verschiedenen Farben gibt. Und der Kindergarten hat ein Buch angeschafft, in dem Feen mit dunklerer Haut abgebildet sind. Prinzessinnen hat er nicht gefunden.

Kindergärten könnten Vorreiter sein.

Die aufmerksame Reaktion des Kindergartens ist nicht selbstverständlich, sagt Cornelia Pries. Sie weiß aus der Beratung, dass viele Eltern auf Widerstand stoßen, „weil die Kindergärten Angst vor diesen Themen haben“. Dagegen möchten Anna Cardinal und Sina Hätti gehen. Von Eltern deutsch-afrikanischer Kinder haben sie schon so viel Begeisterung geerntet, dass sie nun ihre Spielzeug-Positiv-Liste in Kindergärten vorstellen wollen. „Kindergärten und Schulen haben einen Bildungsauftrag und schaffen für viele Kinder Spielzeug an“, sagt Anna Cardinal. So könnte ein Markt entstehen. Eine Stiftung hat ihnen schon eine Spielzeug-Kiste voller Anschauungsmaterial finanziert. Nun hoffen sie auf Geld vom Bundesfamilienministerium, um ihre Tournee zu starten.

Was vorurteilsbewusstes Spielzeug bewirkt, sehen die beiden täglich zu Hause. Als Anna Cardinal für ihre Tochter endlich einen schwarzen Puppenhausvater gefunden hatte, beobachtete sie, wie Raja anfang, ihren Alltag nachzuspielen. Der schwarze Vater geht zur Arbeit, macht den Abwasch und kocht, weil die Mutter zur Uni geht. Für Joan waren weiße Puppen immer andere Kinder. „Er hat nie sich selber gespielt“, sagt Sina Hätti. Mit einem schwarzen Polizisten am Steuer und zwei kleinen schwarzen Puppen auf dem Rücksitz tut er es. Das sind Raja und Joan.

Gerlinde Geffers

Die Spielzeug-Positivliste gibt es im Internet auf der Seite der Regionalgruppe Hamburg: www.verband-binationaler.de/index.php?id=71.

Verband binationaler Familien und Partnerschaften
Regionalstelle Hamburg
Tel.: 040/444938
E-Mail: hamburg@verband-binationaler.de
verband-binationaler.de

Bunt, sozial und rechtsextrem?

Die modernen Erscheinungsformen der rechten Szene und die sozialen Strategien der Vereinnahmung und Unterwanderung stellen auch die Wohlfahrtspflege vor neue Herausforderungen. Ein Beitrag von David Janzen, Jugendbildungsreferent beim Paritätischen Jugendwerk Niedersachsen.

Glatze und Bomberjacke, Springerstiefel und Baseballschläger, dumm, gewalttätig und arbeitslos: Das ist noch immer das Bild, das vielen Menschen in den Kopf kommt, wenn sie an Neonazis denken. Dieses Klischee verhindert, dass rechtsextreme Bestrebungen auch dann wahrgenommen werden, wenn sie schleichend und unauffällig daherkommen. Denn allzu oft richtet sich unser Blick auf die spektakulären Bilder und Schlagzeilen: auf die rechtsterroristische NSU, auf deren Konto zehn Morde gehen sollen, auf die Aufmärsche gewalttätiger Neonazis oder aktuell auf die in Gewalt und Randalen ausufernden Versammlungen der „Hooligans gegen Salafisten“. Dabei geht leicht der Blick auf diejenigen verloren, die nicht durch Gewalttaten auffallen, die sich bieder, brav und bürgerlich geben, die in der Mitte der Gesellschaft agieren – oft freundlich, unauffällig, ohne allzu offen zu hetzen: der Familienvater, der sich im Elternrat in der Schule seiner Kinder engagiert, einen alten Bauernhof restauriert und ökologische Landwirtschaft betreibt; die freundliche Erzieherin, die mit den Kindern so gerne Volkslieder singt, oder die Mutter mit den pink gefärbten Haaren und den Piercings, die sich ehrenamtlich für Obdachlose stark macht.

Völkischer Nationalismus trifft Popkultur

Das Auftreten und die Strategien der extremen Rechten haben sich enorm gewandelt und modernisiert. Smartphones, Facebook, Twitter & Co. gehören heute ganz selbstverständlich zu den Werkzeugen rech-

ter Propagandisten, ebenso wie bunte Flyer, Buttons oder Sticker. Statt auf braune Uniformen setzen die Neonazis auf eine bunte Vielfalt an Ausdrucksformen und adaptieren für ihren „Kulturkampf“ Elemente der Pop- und Jugendkultur ebenso wie Protestformen sozialer Bewegungen. So fährt manch jugendlicher Neonazi Skateboard, sprüht bunte Graffiti an die Wand, trägt modische Freizeitkleidung und hört Rapmusik mit nationalistischen Texten – und macht mit Flashmobs, Youtube-Filmen, Agitprop-Aktionen oder Facebook-Gruppen Stimmung gegen Minderheiten.

Patchwork der Erscheinungsformen

Wie ein Patchwork-Teppich setzt sich dabei die Identität vieler Aktivist*innen der rechten Szene zusammen: Oft unauffällig und angepasst in der Schule, im Büro oder im Betrieb ziehen sie sich am Wochenende ihre schwarzen Kapuzenpuller über und fahren zu Aufmärschen oder Veranstaltungen der rechten Szene. Dort hört man dann Rechtsrock oder NS-Rap neben rechten Liedermachern mit Klampfe und Lagerfeuerromantik. Volkstänze und Brauchtumpflege existieren da einträchtig neben Transparenten und Aufklebern der „Autonomen Nationalisten“, die mit englischen Parolen und Figuren aus US-amerikanischen Comicsendungen für einen „Nationalen Sozialismus“ werben. Frauen mit Piercings und buntgestylten Haaren gehören ebenso dazu, wie solche, die mit langen Röcken und geflochtenen Zöpfen aussehen, als wären sie gerade einem NS-Propagandafilm entsprungen.

Man gibt sich sozial engagiert und bürgernah

Doch nicht nur der „Lifestyle“ der rechten Szene hat sich gewandelt, auch ihre Themen wurden modernisiert. Parteien wie die NPD versuchen, betont gemäßigt und bürgernah aufzutreten. Sie geben sich sozial engagiert und stellen sich als „Kümmerer“ dar, die sich der sozialen Sorgen und Nöte der Menschen annehmen. Schon seit den 1990er Jahren hat die NPD die „soziale Frage“ als Thema für sich entdeckt und verknüpft diese mit ihren rassistischen und völkischen Ideologien. Dabei geht es den Akteuren nicht allein um kurzfristige Wahlerfolge, sondern um eine kontinuierliche Verankerung im Alltag durch eine Art „Graswurzelbewegung“, die langfristig darauf setzt, eine „kulturelle Hegemonie“ zu erlangen. Dazu werden niedrigschwellige Angebote wie Kinderfeste, Freizeitangebote für Jugendliche, Fußballturniere oder Beratungen zum Arbeitslosengeld II organisiert. Gezielt wird versucht, Vereine und Verbände zu unterwandern und ehrenamtliche Tätigkeiten in Elternbeiräten, sozialen Initiativen oder Bürgerinitiativen zu übernehmen. Themen wie der Tier- und Umweltschutz, der Ruf nach der „Todesstrafe für Kinderschänder“, oder die Forderung nach einem „Müttergehalt“ fungieren dabei als Türöffner. Mit ihnen versuchen die Neonazis, in der Mitte der Gesellschaft den von ihnen propagierten „Kampf um die Köpfe und Herzen“ der Menschen zu gewinnen. Und immer wieder werden Fälle bekannt, in denen Aktivist*innen aus der Neonazi-Szene auch im sozialen Bereich tätig werden, als >>

Sozialarbeiter, Erzieherin oder angehende Sozialassistentin.

Wie umgehen mit Vereinnahmungs- und Unterwanderungsversuchen?

Das modernisierte Auftreten und die „sozialen“ Strategien und Unterwanderungsversuche der rechten Szene werfen Fragen auf, die zunehmend auch die soziale Arbeit und Wohlfahrtspflege betreffen. Dass Neonazis auch in soziale Berufe drängen, sich ehrenamtlich in Elternbeiräten, Bürgerinitiativen und sozialen Einrichtungen engagieren oder auch selbst Kinderkrippen, Kindergärten und Freizeitangebote für junge Menschen anbieten wollen, verlangt eine erhöhte Wachsamkeit und Sensibilität von Wohlfahrtsverbänden und der gesamten Kinder-, Jugend-, und Familienhilfe.

Ignorieren, ansprechen, rauswerfen?

Was macht man, wenn über einen Mitarbeiter plötzlich bekannt wird, dass er in der NPD engagiert ist und am Wochenende bei Aufmärschen mitläuft? Wie geht man damit um, wenn Menschen in eine Beratungsstelle kommen, die entsprechende Codes, Symboliken und Modemarken der rechten Szene tragen – ignorieren, ansprechen, rauswerfen? Wie geht man mit Eltern um, deren Kinder in der Kita nicht neben einem Kind mit dunklerer Hautfarbe sitzen möchten und am liebsten Runen und Hakenkreuze malen? Kann man Mitarbeiterinnen kündigen, die in ihrer Freizeit bei Neonaziaufmärschen mitlaufen, aber sich bei der Arbeit nichts zuschulden kommen lassen? Wie geht man mit dem Bewohner im Pflegeheim um, der eine Pflegefachkraft rassistisch beleidigt? Was tun, wenn Neonazis selbst Vereine gründen und einen Antrag auf Mitgliedschaft im Verband stellen, oder in einem Verein plötzlich ein Neonazi zum Vorsitzenden gewählt wird? Die Antworten fallen keinesfalls immer leicht – wichtig ist aber vor allem, dass solche Fragen überhaupt gestellt und offen diskutiert werden. Aus Unwissenheit, einem mangelnden Problem-



David Janzen beim einem Vortrag auf der Fachtagung „Soziale Arbeit – Sozial geht nicht mit Rechtsextremismus!“ des Paritätischen Niedersachsen. Foto: Falke

bewusstsein oder aus Angst vor einem schlechten Bild in der Öffentlichkeit werden entsprechende Vorfälle noch allzu oft zunächst heruntergespielt, kleingeredet oder ignoriert.

Damit die braunen Wölfe im „sozialen“ Schafspelz keine Chance bekommen, sich in der Freien Wohlfahrtspflege breitzumachen, bedarf es:

- einer Sensibilisierung der Verantwortlichen bei den Verbänden, den Trägern, in der Ausbildung und an den (Fach-)Hochschulen, damit das Problem überhaupt als solches ernst genommen wird
- des Wissens über die modernen Strategien und Erscheinungsformen, die Themen und Argumentationsmuster, die Symbole, Codes und Modemarken der extremen Rechten, damit das Problem überhaupt erkannt werden kann
- der Beratung und Unterstützung durch qualifizierte und spezialisierte Einrichtungen und Beratungsstellen sowie entsprechender Netzwerke, von denen es immer noch viel zu wenige gibt und die immer wieder um eine Förderung bangen müssen
- Handreichungen, Fortbildungen und Qualifizierungen sowie Argumentations- und Handlungstrainings, um auf extrem rechte Äußerungen

und auf Vereinnahmungs- und Unterwanderungsversuche adäquat reagieren zu können

- der Beratung und Fortbildung zur Gestaltung von Satzungen, Arbeitsverträgen, Betriebsvereinbarungen, Leitbildern, Mietverträgen etc., damit diese präventiv so gestaltet werden, dass rechtsextreme Beschäftigte oder Mitglieder ausgeschlossen oder gekündigt werden können
- einer deutlichen öffentlichen Positionierung gegen rassistische, extrem rechte und rechtspopulistische Bewegungen sowie alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Daneben ist es wichtig, dass die eigene Haltung und Werte auch im (Berufs-)Alltag gelebt werden. Offenheit gegenüber anderen Kulturen, Toleranz, gegenseitiges Verständnis, demokratische Beteiligung und Mitbestimmung und das Eintreten für eine sozial gerechte Gesellschaft für alle Menschen – egal welcher Herkunft, Hautfarbe, Kultur oder Religion, Geschlecht oder sexuellen Orientierung. Das sind Werte, für die wir im Paritätischen immer wieder eintreten und werben müssen – nach außen in der Öffentlichkeit, aber auch innerverbandlich. Denn dann haben die Bestrebungen der extremen Rechten, im sozialen Bereich Fuß zu fassen, keine Chance.

In Fußballstadien mischen auf den Rängen nicht selten Rechtsradikale mit. Fanprojekte versuchen, deren Einfluss zu begrenzen – so wie das in Magdeburg, das vom Paritätischen Jugendwerk Sachsen-Anhalt aufgebaut wurde.

Den Fans ein Zuhause geben

Rolf Hanselmann bittet um Verständnis. Einige Fragen, die sich an den Koordinator des Magdeburger Fanprojekts richten, will er nicht beantworten. Wie viele Rechtsextreme sich unter den Anhängern des 1. FC Magdeburg tummeln, wie sie andere Fans anwerben und wie die zwei Sozialarbeiter des Projekts dagegen vorgehen – dazu möchte er keine Auskunft geben. Die Verschwiegenheit hat einen guten Grund: „Wer mit Fußballfans zusammenarbeiten will, braucht zuallererst ihr Vertrauen“, sagt Rolf Hanselmann. Denn Fanprojektarbeit ist Beziehungsarbeit. Alles dreht sich darum, den Zugang zu Fans aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Nur wenn die zwei Mitarbeiter deren Akzeptanz haben, können sie auch heikle Themen ansprechen, können sie problematisches Verhalten konfrontieren. Klar, dass sich in diesem sensiblen Feld Indiskretionen verbieten.

Wer die historische Entwicklung kennt, sagt Rolf Hanselmann, der weiß: „Enorm massenwirksam, war Fußball schon immer ein Agitationsfeld für Radikale – nicht zuletzt in der NS-Zeit.“ So ist es bis heute geblieben, wie vor einer Weile sogar ein „Tatort“ vorführte. Der ARD-Krimi spielte in einem Milieu rechtsorientierter Fans in Dortmund.

Was die Lage in Magdeburg anbelangt, kann der Koordinator immerhin so viel verraten: „Es gab Versuche Rechtsextremer, in der Fankurve Fuß zu fassen, aber sie waren nicht erfolgreich.“

Und das gelte auch für das Clubhaus. Diese Einrichtung, ein schlichter Flachbau, weit entfernt vom Stadion, wo der aktuell viertklassige 1. FCM seine Gegner empfängt, ist der zentrale Ort des Fanprojekts. Dort haben die Anhänger einen Treffpunkt für ihre weiß-blaue Leidenschaft. Die Wände zieren Plakate und Fotos, die an ruhmreichere Zeiten erinnern, an drei Meisterschaften in der DDR-Oberliga etwa. Aber auch die Gegenwart lässt sich hier gestalten, mit Choreografien, die die Ultras im Stadion präsentieren.

Die erste „Blue Generation“ ist erwachsen geworden

Den Anhängern ein Zuhause geben, das ist eine tragende Säule des Fanprojekts. 2009 unter der Leitung des Paritätischen Jugendwerks Sachsen-Anhalt gestartet, wird es von Kommune, Land und, stellvertretend für den Bund, dem Deutschen Fußball-Bund finanziert. Seit Beginn hat sich manches verändert: Die erste „Blue Generation“ ist erwachsen geworden, jener harte Kern von Fans, die inzwischen Ausbildung oder Studium abgeschlossen haben. Stattdessen finden sich nun deutlich Jüngere ein, 13- oder 14-Jährige, die gleich nach der Schule vorbeischaun und mit Gleichgesinnten abhängen wollen.

Zu den Aufgaben der Sozialarbeiter gehört es, zu sondieren, welche Sorgen die Jugendlichen haben. Das Motto dabei: Wer wenig Probleme hat, der macht auch keine – nicht als Fan, nicht als Mitmensch. Und er ist weniger empfänglich für radikale Parolen. Daher bekommen die Fans, in enger Abstimmung mit dem Jugendamt, bei Bedarf Nachhilfeunterricht, Unterstützung bei der Lehrstellensuche oder einfach Ermutigung. Stets wird signalisiert: Es gibt noch mehr als Fußball.

Wobei auch das Fan-Dasein viele Lektionen bietet – Anstöße zur Persönlichkeitsentwicklung inklusive. Dafür sorgen Vorträge, wie etwa über die Rolle der Fußball-Fans für den Arabischen Frühling. Deshalb organisiert das Projektteam internationale Begegnungen, etwa den Austausch mit Fans aus Krakau. Und dazu kommt der Alltag, der auch Kompetenzen fordert, etwa wenn man gemeinsam eine Choreografie organisiert. Hier wirken häufig ältere Ultras mit – wichtige Multiplikatoren, die eine Besonderheit des Magdeburger Fanprojekts sind. „Meist sind das Leute mit Studium“, sagt Rolf Hanselmann, „sie haben ein gutes Standing und so auch Einfluss bei den jungen Fans.“

Engagierte Projektmacher

Froh ist der Koordinator auch über seine Projektmacher: Jens Janeck und Stefan Roggenthin sind seit 2009 die treuen Begleiter, die sich für die Belange der Fans einsetzen. Eine so anspruchsvolle wie anstrengende Aufgabe: Meist nachmittags, abends und am Wochenende aktiv, brauchen sie viel Ausdauer, Toleranz und ein großes Repertoire an Handlungsstrategien. „Um die beiden würden uns viele wohl beneiden“, meint ihr Chef. Auch weil der Paritätische gute Rahmenbedingungen biete und ihre Aktivitäten vernetze, machten sie ihren Job nach wie vor gern. In manch anderem der derzeit 54 Fanprojekte in Deutschland sei dagegen die Fluktuation groß.

Trotz allem Einsatz sind ihnen Grenzen gesetzt. Sollte etwa eine Fangruppe ein ausländerfeindliches Spruchband in die Kurve hängen, könnten die Kollegen intervenieren – sofern das ihre Autorität in dieser Situation bei dieser Gruppe hergibt. Ebenso möglich >>

Paritätisches Jugendwerk Sachsen-Anhalt, Rolf Hanselmann
Tel.: 0391/6293509
E-Mail: rhanselmann@paritaet-lsa.de
www.pjw-lsa.de
www.fanprojekt-magdeburg.de

aber, dass sie das Banner erst nach dem Spiel thematisieren können. Auch wenn sie mit anderen Einrichtungen kooperieren, ist den Sozialarbeitern wichtig zu vermitteln, über welchen Spielraum sie verfügen. Regelmäßig werden sie eingeladen, zu Fortbildungen oder zum Runden Tisch gegen Gewalt im Fußball. Stets geht es darum, sich abzustimmen. Gerade vor Spieltagen, wenn Ausschreitungen zu befürchten sind, signalisieren die Fan-Begleiter: Sie können deeskalierend tätig werden. Doch dafür muss die Polizei auch ihre Vorgehensweise akzeptieren. „Ein Fanprojekt ist eben keine Strafverfolgungsbehörde“, so Rolf Hanselmann.

Bernd Schüler



Fans des 1. FC Magdeburg arbeiten an einer Choreographie.

Foto: privat

Immer mehr Menschen werden aktiv, um Flüchtlingen zu helfen

Gegenbewegung zur ausländerfeindlichen Stimmungsmache in Sachsen

Helle Flecken auf der Schattenseite: Parallel zur demonstrierten Fremdenfeindlichkeit wächst in Sachsen die Bereitschaft in der Bevölkerung, Flüchtlinge zu unterstützen. Das haben der Landesverband und mehrere Mitgliedsorganisationen des Paritätischen festgestellt.

Seit Pegida spüren die Migranten, dass sich ihre Situation verschlechtert hat“, sagt Andreas Degenkolb. Er ist Geschäftsführer des Ausländerrats Dresden e. V., der seit 25 Jahren in der sächsischen Landeshauptstadt Migranten in vielfacher Weise unterstützt. „Rassismus ist salonfähig geworden. In sozialen Netzwerken tauchen Äußerungen auf wie früher nur in Nazi-Foren, sogar mit Klarnamen.“ Entsprechend beunruhigt seien die Menschen mit Migrationshintergrund. Aus Furcht vor Übergriffen seien

Kinder „selbst im Winter lieber mit dem Fahrrad als mit der Straßenbahn gefahren“, so Degenkolb. „Wir nehmen solche Ängste ernst.“

Geht es um Alltagsrassismus, rechtes Gedankengut und rechtsmotivierte Gewalt, „unterscheidet sich Sachsen nicht grundlegend von anderen Bundesländern“, erklärt Michael Richter, Geschäftsführer des Paritätischen Landesverbands. Allerdings hätte die Landesregierung nach seiner Auffassung entschiedener gegensteuern können. Die „spärliche Förderung“ von Projekten und Trägern

demokratischer Bildung und Kultur habe der negativen Entwicklung Vorschub geleistet, ebenso „die fehlende Kommunikation bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Zuwanderern“, so Richter. Letzteres ist für ihn „der Funke im Pulverfass“, dessen Explosion Pegida für sich habe nutzen können.

Doch die zunehmend offen zur Schau gestellte Fremdenfeindlichkeit und der gewachsene Rechtsextremismus werden in der Bevölkerung nicht nur mit einem Schulterzucken hingegenommen. „Es wird wieder über Politik, Demokra-

tie und Beteiligung diskutiert“, stellt Michael Richter fest. „Das merken auch unsere Mitgliedsorganisationen, die seit vielen Jahren im Bereich Demokratische Kultur unterwegs sind. Sie sind verstärkt als Experten gefragt, und ihre Projekte stehen mehr denn je im Blick der Öffentlichkeit.“ Das führe außerdem zu einem arbeitsfeldübergreifenden Wirken, „weil sich Träger sozialer Arbeit beispielsweise verstärkt mit Themen wie Alltagsrassismus beschäftigen“.

Interkulturelle Kompetenz bekommt einen neuen Stellenwert

Die Arbeit mit Flüchtlingen, Asylsuchenden und anderen Menschen mit Migrationshintergrund rückt nach Aussagen des Paritätischen Landesverbands ebenfalls stärker in den Fokus. „Interkulturelle Kompetenz bekommt als Thema einen neuen Stellenwert“, sagt Geschäftsführer Richter. Projekttag der Ausländerrats in Schulen beispielsweise „sind jetzt heiß gefragt“, berichtet Andreas Degenkolb. Viele Kirchengemeinden und Kindergärten meldeten sich ebenfalls.

Initiativen, Organisationen und Vereine, die sich für Flüchtlinge engagieren oder Anti-Rechts-Projekte verwirklichen, werden mehr. Und sie arbeiten nicht nur nebeneinander her. Die Vernetzung wächst, „auch arbeitsfeldübergreifend“, erklärt Michael Richter. Der Paritätische Landesverband unterstützt die Mitgliedsorganisationen dabei auch mit Plattformen zum Austausch. Vereinigungen, die dem Rechtsextremismus gezielt entgegenwirken, begleitet und berät der Verband darüber hinaus in finanziellen Fragen, „da die Förderung dieses Arbeitsfelds in Sachsen eher schmal und wenig kontinuierlich ist“. Wichtig sei außerdem „der Brückenschlag zu den anderen Bereichen sozialer Arbeit“.

In der Bevölkerung hat Pegida nicht nur das fremdenfeindliche Lager ermuntert. „Seitdem wollen sich erfreulicherweise auch viele Menschen für Flüchtlinge engagieren“, sagt Michael Richter. „Der Aufwand, diese Unterstützung gut zu koordinieren, hat dementsprechend zugenommen.“

Die positive Entwicklung betrifft nicht nur Dresden und andere große Städte, wie ein Blick ins Erzgebirge zeigt. Dort

hat sich im Raum Aue-Schwarzenberg ein Aktionsbündnis zahlreicher Träger von Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit unter Einbeziehung der Kommunen gebildet. „Es werden nicht weniger Flüchtlinge. Damit müssen die Menschen hier erst einmal umgehen können“, erklärt die externe Koordinatorin des Bündnisses, Angela Klier vom Kompetenzzentrum für Gemeinwesenarbeit im Erzgebirge. „Unsere Aufgabe ist es, auf die Leute zuzugehen.“

Das Bündnis zielt darauf ab, „das Informationsdefizit über Flüchtlinge abzubauen und eine Willkommenskultur aufzubauen“. Es ist eine präventive Arbeit, die in Schulen, Wohnquartieren und über die Generationen hinweg betrieben wird und bei der laut Klier „Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung“ eine Partnerschaft bilden. Sie erfolgt auf der Basis von zwei lokalen Aktionsplänen „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“, einem für die Städte Aue, Schneeberg, Bad Schlema und Lößnitz aus dem Jahr 2007 und einem für Olbernhau aus dem Jahr 2011. „Im Raum Aue habe wir schon einiges verwirklicht“, bilanziert Angela Klier. Sie nennt als Beispiel 20 Familien aus Aue und dessen Umland, die Patenschaften für Flüchtlinge übernommen haben und sie ehrenamtlich unterstützen, unter anderem beim Deutschlernen.

Viel Arbeit für das Aktionsbündnis

Die größte Unterkunft für Asylsuchende in der Region, eine Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung der Stadt Chemnitz, befindet sich in einer ehemaligen Kaserne in Schneeberg. Ende 2013 gab es in der 14.000-Einwohner-Stadt Protestaktionen gegen die Unterkunft, die offenbar von rechten Kräften gesteuert waren und Schneeberg bundesweit in die Medien brachten. In der Unterkunft leben derzeit über 850 Menschen, „weit mehr als angekündigt. Dazu wurde für etwa zwei Wochen noch eine Turnhalle belegt, sodass dort kein Vereinssport mehr stattfinden konnte. Das gab böses Blut“, berichtet Angela Klier. Und es bedeutete zugleich viel Arbeit für das Aktions-

bündnis. Dass Aufklärung funktioniert, zeigen die Patenschaften.

Das Beispiel aus dem Erzgebirge stützt die Einschätzung des Paritätischen, dass man bei der Entwicklung von Rechtsextremismus und Rassismus und deren Bekämpfung keine pauschal geltenden Unterschiede zwischen Stadt und Land machen kann. Die Situation hänge stets von den örtlichen Akteuren ab, so Michael Richter. „Klar im Nachteil“ sei der ländliche Raum jedoch aufgrund der Kürzungen von Landesmitteln im Jugendbereich. „Damit hat die Regierung zugelassen, dass weiße Flecken in den Angebotsstrukturen entstehen. Diesen Freiraum wissen rechtsgerichtete Jugendorganisationen durchaus zu nutzen.“ Das Kulturbüro Sachsen hat mit seinem Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“ gezeigt, wie man einen Gegenpol in solchen Fällen aufbauen kann (Siehe Bericht auf Seite 24).

Neonazis versuchen, ihre Gegner oft durch massive Drohungen einzuschüchtern oder Organisationen zu unterwandern. Unter den Mitgliedern des Paritätischen seien „derartige Vorfälle jedoch nicht bekannt“, so Michael Richter. Vor einigen Jahren allerdings sei die Möglichkeit rechten Einflusses auf die Arbeit von Elterninitiativen in Kitas und Schulen diskutiert worden. „Diese Gespräche haben aber gezeigt, dass unsere Mitglieder für das Thema sehr sensibel sind“, so der Geschäftsführer des Landesverbands. „Zudem bieten wir Weiterbildungen an, die sich mit der Argumentation gegen rechtes Gedankengut oder dem Erkennen rechter Symbole befassen.“

Bernd Kleiner

Interkultureller Tafeltag in Schneeberg

Foto: Medienservice Zenker





Kinder sind interessiert, andere Kulturen kennenzulernen

In AGIUA-Projekten können sie Begegnung schon früh als Bereicherung erfahren

Jeder begegnet Menschen anderer Nationalität, Kultur und Aussehen ohne Vorurteile, begreift Anderssein als normal – eine Idealvorstellung, gewiss. Doch darauf lässt sich hinarbeiten, zum Beispiel mit dem Projekt „Interkulturelles Lernen“ der Arbeitsgruppe In- und Ausländer e. V. – kurz: AGIUA in Chemnitz. Dessen Leiterin Birgit Broszeit ist überzeugt: „Man kann nicht früh genug damit anfangen.“

Im Hort „Zirkus“ der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V. in Wittgensdorf passt die Welt an einen Tisch. Mädchen und Jungen im Alter zwischen sechs und zehn Jahren bemalen ein Schnittmuster mit Ländern und Meeren, kleben die Kontinente zu einem kleinen Globus zusammen. Am Tisch nebenan liegt Australien. Dort basteln die Kinder aus Pappe einen Boomerang, das Wurfgerät der australischen Ureinwohner.

Die Vielfalt der Welt spielerisch und kreativ zu erfahren gehört zum Programm der „Interkulturellen Woche“ des Kinderhorts im nördlichsten Stadtteil von Chemnitz. Diesen Tag gestaltet Birgit Broszeit. Interkulturelles Lernen wird hier erlebnispädagogisch verpackt. Das heißt: Ab ins „Flugzeug“ und lautstark von einem Kontinent

zum anderen gestartet. Nach Afrika zum Beispiel. Dort empfängt Alberto Rodriguez, der aus Angola stammt, die „Reisenden“ und bringt ihnen Trommeln bei. Eine Treppe runter liegt Japan, wo sich die Kinder als Sumo-Ringer versuchen (wobei die fehlende Leibesfülle durch große Schwimmreifen wettgemacht wird). Der krönende Abschluss kommt spanisch-lateinamerisch daher: das Zerschlagen einer Pinata, einer mit Süßigkeiten gefüllten Tierfigur aus Pappmaché.

Die Welt kulinarisch erkunden

Zur „Interkulturellen Woche“ gehörte auch eine kulinarische Erkundung der Welt, friedlich vereint im Supermarkt-Regal: Knäckebrötchen, Zaziki, Reis, Donuts. Im Hort buken die Kinder dann noch ein afrikanisches Brot. Ein anderer Tag war der Musik gewidmet, ein weiterer einem Film über die Freundschaft zwischen Kindern verschiedener Nationen. „All das wirkt besser als jeder Unterricht“, ist Carmen Löbner vom Betreuungsteam des Horts überzeugt. „Die Kinder sind interessiert, andere Kulturen kennenzulernen“, weiß Etelka Kobuß, Ausländerbeauftragte der Stadt Chemnitz, deren Tochter und Sohn ebenfalls

den Hort „Zirkus“ besuchen. Veranstaltungen wie die „Interkulturelle Woche“ helfen ihrer Ansicht nach, „die Angst vor dem Fremden zu nehmen“.

Dieses Ziel verfolgt das Interkulturelle Lernen von AGIUA seit 1993 mittels „Aufklären durch Wissen und Begegnung“, sagt Birgit Broszeit, die das Projekt im sechsten Jahr leitet. In diesem Sinn ist sie viel unterwegs, in Schulen und Kindertagesstätten, bei Jugend- und Kirchengruppen. Ob Referate zum Thema Asyl oder die Integration von Flüchtlingen, Koch-Events, Theaterprojekte oder Erlebnispädagogik wie in Wittgensdorf – das Angebot ist immer auf den spezifischen Bedarf der Einrichtung oder Gruppe zugeschnitten. Und zum Teil ungewöhnlich. So organisierte Birgit Broszeit für Jugendliche zwei Touren mit GPS-Geräten durch Chemnitz. Eine ging der Frage nach, wo überall in der Stadt Asyl stattfindet. „Da waren dann auch die Koordinaten für die Erstaufnahmeeinrichtung dabei“, erzählt sie. Der zweite Rundgang führte zu Orten, an denen Menschen Opfer rechter Gewalt wurden.

Beim interkulturellen Lernen setzt AGIUA auf Nachhaltigkeit. „Rein-raus-Veranstaltungen allein bringen nichts“,



Trommeln und dabei etwas über andere Kulturen erfahren.

Foto: Bernd Kleiner

sagt Birgit Broszeit. Die frühere Grundschullehrerin begleitet zum Beispiel die Anti-Rassismus-Gruppe einer Schule auf Wunsch über mehrere Schuljahre. Andernorts wirken ihre Projekte als Anstoß, und die Schule setzt den eingeschlagenen Weg fort.

Das Wichtigste aber, und das betont Birgit Broszeit immer wieder, ist Begegnung: „mit Menschen anderer Kulturen zusammentreffen und das als Bereicherung empfinden“. Von den rund 240.000 Einwohnern der Stadt Chemnitz haben nur vier Prozent einen Migrationshintergrund. „Für Jugendliche hier ist es daher keine Selbstverständlichkeit, solche Menschen zu kennen“, sagt Birgit Broszeit. Deswegen gibt es zum Beispiel die Reihe „Kochen & Schwatzen“, bei der Jugendliche verschiedener Herkunft gemeinsam am Herd stehen; eines der wenigen Angebote, die direkt bei der AGIUA stattfinden. Für Begegnungen kann Birgit Broszeit auch auf 30 Honorarkräfte verschiedener Nationalität zurückgreifen. Diese Frauen und Männer werden vor allem im musikalisch-kreativen Bereich eingesetzt. „Wir wollen damit aber keine Klischees bedienen“, betont die Sozialpädagogin: Alberto Rodriguez

zum Beispiel macht auch Trommel-Workshops mit Jugendlichen, in denen er irgendwann fragt: „Wisst ihr, was mir gestern in der Straßenbahn passiert ist?“ Und dann erzählt er von Pöbeleien und anderen schlimmen Erfahrungen, die Menschen wie er täglich erleben.

Bevor sich Vorurteile verfestigen ...

Das interkulturelle Lernen löst bei den jungen Menschen unterschiedliche Reaktionen aus, „von aha bis Ablehnung, von Neugier bis Verschlossenheit“, so Birgit Broszeit. Aber die positive Resonanz bestätigt sie immer wieder in der Überzeugung, „dass man mit Jugendlichen etwas machen kann, bevor sich Vorurteile verfestigen“. Sie möchte mit ihrer Arbeit dagegenwirken, „dass Negativbeispiele von Migranten als repräsentativ für deren Kultur dargestellt werden. Ich sage immer: Ihr müsst euch jeden einzelnen Menschen angucken.“ Die Erfahrung hat Birgit Broszeit gelehrt: „Eine Begegnung mit einem Flüchtling bringt mehr als ein Fachvortrag.“ Sie erinnert sich zum Beispiel an die Vorbereitung des AGIUA-Projekts „Asylum“, einer modular aufgebauten und in Zusammenarbeit mit Jugendlichen gestalte-

ten Wanderausstellung zum Themenkomplex Asyl und Flüchtlinge. Einer der Bildungsblöcke heißt „6m² Leben – wie Flüchtlinge wohnen“, hergerichtet von angehenden Tischlern aus dem Berufsvorbereitungsjahr. Der Nachbau einer Unterkunft also. Doch vorher gab's „Anschauungsunterricht“ im Flüchtlingswohnheim. Beim Anblick der kargen Behausung reagierten die Jugendlichen „sehr emotional, fast wütend“, so Birgit Broszeit. „Die haben gesagt: So kann man doch mit Menschen nicht umgehen!“

Dass die Form des interkulturellen Lernens tatsächlich nachhaltig wirkt, hat die Projektleiterin ebenfalls registriert: „Es freut mich, wenn mir in Kitas berichtet wird, dass Kinder nun ihre Eltern zurechtweisen, wenn die über Ausländer herziehen: Wieso redet ihr so über die? Ihr kennt doch gar keine.“

Bernd Kleiner

AGIUA e.V., Chemnitz
 Birgit Broszeit (Interkulturelles Lernen)
 Tel.: 0371/49512760
 E-Mail: ikl@agiua.de
www.agiua.de

Was versteht ihr unter Freiraum?

In kleinen Städten und ländlichen Gebieten Sachsens dominieren die Rechten häufig das Freizeitangebot für Jugendliche. Wie in solchen Fällen ein Gegengewicht aufgebaut werden kann, zeigt das dreijährige Projekt „Werkstatt Junge Demokratie“ des Kulturbüros Sachsen.



Szene aus einem Workshop der Jugendgruppe aus Burgstädt beim „Forum Antirassistischer Schüler_innen in Sachsen“ (FASS)
Fotos: Kulturbüro Sachsen e. V.

Junge Menschen, die politisch links orientiert sind, für Flüchtlinge eintreten oder sich gegen Rechtsextremismus engagieren, „geraten hier in der Region rasch ins Visier der Neonazis“, sagt Michael Nattke, Fachreferent des Kulturbüros Sachsen. In der Konfrontation stehen diese Jugendlichen oft allein da. Deswegen rief das Kulturbüro vor drei Jahren die Werkstatt Junge Demokratie ins Leben. Drei Jahre lang betreute der Träger aus Dresden in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) und Burgstädt (Landkreis Mittelsachsen) jeweils eine Gruppe Jugendlicher. Ziel war es, die jungen Menschen zu befähigen, ihr Anliegen unangefochten im Ort zu etablieren und damit zugleich allen nicht rechten Jugendlichen einen neuen Anlaufpunkt zu geben.

In Limbach-Oberfrohna unterstützte das Kulturbüro den Verein „Soziale und Politische Bildungsvereinigung“, der nach Räumlichkeiten für „politische und subkulturelle Veranstaltungen“ strebte. In Burgstädt hingegen trafen die Sozialarbeiter auf eine heterogene Gruppe Jugendlicher, „die in einer Großstadt wohl nie etwas miteinander zu tun hätten“, so Michael Nattke: Punks, Technos, Hip-Hopper, Goths. Was sie in Burgstädt vereint: die Bedrohung durch rechte Übergriffe, weil sie „anders“ sind.

Engagierten Jugendlichen den Rücken stärken

Mit Fotostreifzügen den Ort besser kennenlernen

In beiden Städten startete das Kulturbüro sein Werkstatt-Projekt „mit Fotostreifzügen, um den Ort besser kennenzulernen“, erzählt Michael Nattke. „Darüber hinaus haben wir Schlüsselpersonen interviewt.“ Diese Faktensammlung mündete in einer Informationsveranstaltung, die wie eine Messe organisiert war und zu der unter anderem Vertreter der Stadt, der Parteien und der örtlichen Jugendarbeit eingeladen wurden. Die Besucher trafen an den Ständen auf die Jugendlichen, „die dort als Experten auftraten“, erklärt der Referent des Kulturbüros. „Sie haben geschildert, wie sie die Stadt sehen, unter den Gesichtspunkten Kultur, Politik und auch Rechts-extremismus.“

Beide Info-Messen erwiesen sich als fruchtbare Kommunikationsbasis. Erstmals seien die Jugendlichen nicht nur als Betroffene oder „Meckerer“ wahrgenommen worden. Vor allem der Gruppe in Burgstädt tat das gut. „Die war im Ort stigmatisiert, seit es beim

Stadtfest zwischen ihr und Neonazis zu einer tätlichen Auseinandersetzung gekommen war“, berichtet Michael Nattke. Prompt waren die Jugendlichen als „Krawallmacher“ abgestempelt.

Angriffe werden oft verharmlost

Bei der Info-Messe gewannen die Honoratioren ein anderes Bild. Zum Teil sehr emotional erzählten die Jugendlichen von Übergriffen der Neonazis. „Für die Besucher war es neu zu hören, was Jugendliche als Opfer rechter Gewalt durchmachen“, sagt Michael Nattke. Ihm zufolge werden solche Vorfälle oft als harmlose Dorfprügelei abgetan „und nicht politisch bewertet, schon gar nicht, wenn es sich um Jugendliche handelt, die auffallen“. So hätten betroffene Eltern bei der Polizei schon mal zu hören bekommen: „Die sollen sich halt nicht die Haare färben, dann passiert ihnen auch nichts.“ Der weitere Verlauf des Projekts stimmt die Verantwortlichen des Kulturbüros optimistisch. Die „Soziale und Politische Bildungsvereinigung“ in Limbach-Oberfrohna betreibt mitt-

lerweile einen „Subkulturladen“. Der Veranstaltungsort und Treffpunkt umfasst zwei Räume und ist gepachtet. Das Kulturbüro hat der Gruppe geholfen, die Anträge zur Finanzierung zu stellen und die erforderliche Baugenehmigung einzuholen. Außerdem haben die jungen Leute während des Projekts einiges über Veranstaltungsorganisation und -formate gelernt. Michael Nattke: „Das sind zusätzliche Kompetenzen für die Zukunft.“ Der Laden könne ein guter Anfang für die Gruppe sein, um sich unbeeinträchtigt von rechten Attacken zu entwickeln. „Die jungen Leute haben jetzt Hausrecht und können den Neonazis den Zutritt verweigern.“ Im städtischen

Jugendclub, wo die Gruppe zuvor Veranstaltungen organisiert hatte, sei das nicht gegangen.

Mobiles Beratungsteam

Der zweite Werkstatt-Schritt der buntgemischten Gruppe aus Burgstädt führte zu einem jährlichen Straßenfest. Das Kulturbüro unterstützte sie bei Vorbereitung und Durchführung. „Das letzte haben sie fast schon ganz allein organisiert“, freut sich Michael Nattke. Die Jugendlichen richten jedes Fest unter einem anderen Motto aus, das jüngste lautete „Rassismus in Europa“. Es gab Infostände und Zelt-Workshops zum Thema sowie ein passendes kulinarisches und kulturelles Angebot. Mehrere Hundert Besucher waren der Lohn für das Engagement der Gruppe. Zwar ist die Werkstatt

Junge Demokratie nun geschlossen. Aber die teilnehmenden Jugendlichen können bei Bedarf auch künftig das Kulturbüro um Rat und Hilfe bitten: Dann springt dessen Mobiles Beratungsteam ein.

Bernd Kleiner

Präsentation der Sozialraumanalyse durch die Jugendgruppe in Limbach-Oberfrohn.



Kulturbüro Sachsen
Michael Nattke
Tel.: 0351/56355539
E-Mail: michael.nattke@kulturbuero-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de

„Tafeln leben Kultur der Vielfalt“

Der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. hat im März das Grundsatzpapier „Anerkennung statt Ausgrenzung. Charta gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ verabschiedet. Damit setzen die Tafeln ein klares Zeichen für Toleranz und gegen Rassismus. „Jeder Mensch in einer Notlage kann sich an die Tafeln wenden“, so der Vorsitzende des Bundesverbands Deutsche Tafel, Jochen Brühl. „Ausschlaggebend ist das Kriterium der Bedürftigkeit. Absolut keine Rolle spielen Hautfarbe, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Alter, Weltanschauung, sexuelle Identität, Behinderung oder Krankheit.“ Brühl: „Die Tafeln leben eine Kultur der Vielfalt.“ In jüngster Zeit wendeten sich viele Flüchtlinge an die Tafeln. Dies stelle die Einrichtungen vor große Herausforderungen, die sie nicht alleine bewältigen könnten. „Wir raten unseren Tafeln daher, sich noch stärker mit kommunalen Partnern zu vernetzen.“ Zudem sei die Politik gefordert, die Versorgung von Flüchtlingen zu verbessern.

DLRG-Jugend: Kein Zutritt für Neonazis!

Der Jugendverband der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft fühlt sich Prinzipien der Demokratie, Humanität, Toleranz und Solidarität, Pluralität und Interkulturalität verpflichtet. Daher ist ihm die Positionierung gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein großes Anliegen. So hat die DLRG-Jugend auch die Charta gegen Rechtsextremismus des Paritätischen unterzeichnet. In all ihren Einladungen steht zudem der Satz: „Neonazis, Mitglieder rechtsradikaler Organisation und deren Anhänger haben zu dieser Veranstaltung keinen Zutritt! Als Werkstatt der Demokratie basiert unser Kinder- und Jugendverband auf Humanität, Toleranz, Solidarität, Pluralität, Interkulturalität und Ganzheitlichkeit.“ Nicht ohne Grund, wie es mit Verweis auf Ansgar Drücker vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e.V. heißt: Könnten ihm zufolge doch Jugendverbände, in denen Uniformen, Abzeichen und Hierarchien eine Rolle spielen, auf rechtsextrem orientierte Jugendliche attraktiv wirken.

Filmangebot des Medienprojekts Wuppertal

Ein breites Spektrum an Filmen zu den Themen Zivilcourage, Rechtsextremismus, Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus gibt es beim Medienprojekt Wuppertal. Darin berichten Jugendliche beispielsweise über ihre Erfahrungen als Täter, Opfer oder Helfende und erarbeiten mögliche Strategien, um in Notsituationen zu handeln und Mut zu beweisen. Jugendliche unterschiedlicher kultureller Herkunft reflektieren den Umgang mit Ehre oder führen Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern über Vorurteile, Ängste und Stereotype gegenüber Muslimen.

Eine Dokumentarfilmreihe zeigt Selbstbeschreibungen von Sinti und Roma verschiedener Generationen oder eines Mädchens aus der rechten Szene Brandenburgs. Die Filme gibt es zum Kauf oder zur Ausleihe mit Berechtigung zur nicht gewerblichen Vorführung.

E-Mail: info@medienprojekt-wuppertal.de
www.medienprojekt-wuppertal.de

Langzeitarbeitslose brauchen Perspektiven

Der Paritätische Gesamtverband hat einen rigorosen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik gefordert. Angesichts der in den vergangenen Jahren dramatisch gesunkenen Vermittlungsquote sei eine komplette Neuausrichtung der Arbeitsförderung nötig. „Wenn die Jobcenter nicht mehr als 13 Prozent der Arbeitslosen eine Arbeit vermitteln können, dann hat der erste Arbeitsmarkt offensichtlich versagt“, betonte Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider. „Die Politik muss öffentlich geförderte Beschäftigungsangebote schaffen, um auch Langzeitarbeitslosen endlich wieder Perspektiven zu eröffnen.“ Die neuen von Arbeitsministerin Nahles auf den Weg gebrachten Programme zur Unterstützung und besseren Förderung Langzeitarbeitsloser seien gut und richtig, jedoch hoffnungslos



unterfinanziert und daher nicht geeignet, einen wirklichen Kurswechsel herbeizuführen. Trotz der anhaltend hohen Zahl von Langzeitarbeitslosigkeit betroffener Menschen seien die finanziellen Mittel bereits unter der schwarz-gelben Koalition rigoros gekürzt und die Beschäftigungsmaßnahmen tatsächlich mehr als halbiert worden, erinnert der Verband. „Wir

haben Hunderttausende Langzeitarbeitslose, die nicht ohne Weiteres in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln sind; für diese Menschen brauchen wir passgenaue Hilfen.“

Um ein echtes Hilfsprogramm auf die Beine zu stellen, bedarf es nach Schätzungen des Paritätischen eines zusätzlichen Finanzvolumens von mindestens drei Milliarden Euro.

Das Präventionsgesetz greift zu kurz

Der Paritätische Gesamtverband hält das geplante Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz für unzureichend, um die gravierende sozial bedingte gesundheitliche Chancenungleichheit in Deutschland nachhaltig zu reduzieren.

Der Zusammenhang von sozialem Status und Gesundheitszustand ist eindeutig belegt“, sagte Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Gesundheitswissenschaftler und Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. „Um gesundheitliche Chancengleichheit herzustellen, müssen die Menschen dort gefördert werden, wo sie sind.“ Das Gesetz zeige in dieser Richtung zwar gute Ansätze, indem beispielsweise die Gesundheitsförderung in Kitas und Betrieben gestärkt

werde, jedoch gebe es auch noch einige „blinde Flecken“. So sei bei der betrieblichen Gesundheitsförderung klar zu regeln, dass es auch um Strukturen, nicht nur um Verhaltensprogramme und Ähnliches geht. Auch die Einbeziehung des Wohnumfeldes und Sozialraums sei noch nicht hinreichend sichergestellt. Um zu einem umfassenden Ansatz der Prävention zu gelangen, plädiert der Verband daher dafür, das Bundesbau- und Umweltministerium einzubeziehen: „Mit dem Programm

„soziale Stadt“ verfügt das Ministerium über ein gutes Instrument, das genutzt werden sollte“, so Rosenbrock. Darüber hinaus seien alle relevanten Akteure, von der Bundesagentur für Arbeit über die Wissenschaft bis zur Zivilgesellschaft, in das geplante zentrale Gremium der Nationalen Präventionskonferenz einzubinden. Schließlich seien die Kassen verbindlich anzuhalten, die vorgesehenen zwei Euro pro Versicherten tatsächlich für Prävention und nicht für andere Belange auszugeben.

„Raus aus der Fürsorge, hin zu echter Teilhabe auf Augenhöhe“

In einem mit seinen Mitgliedsorganisationen aus der Behindertenhilfe erarbeiteten Eckpunktepapier hat der Paritätische Gesamtverband 14 Anforderungen an ein zu schaffendes Bundesteilhabegesetz formuliert.

Der Paritätische appelliert an die Bundesregierung, an dem im Koalitionsvertrag formulierten Vorhaben festzuhalten, ein Bundesteilhabegesetz zu schaffen und zügig nachhaltige Verbesserungen für Menschen mit Behinderung auf den Weg zu bringen. Dafür müsse zwingend auch eine verlässliche Finanzierung durch zusätzliche Mittel sichergestellt werden.

„Es geht um eine grundlegende Neuausrichtung der Behindertenhilfe: Raus aus der Fürsorge, hin zu echter Teilhabe auf Augenhöhe“, mahnt Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Der Verband reagiert mit dem Appell auf Äußerungen aus dem Bundesfinanzministerium, die Entlastung der

Kommunen, die laut Koalitionsvertrag durch ein Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung organisiert werden sollte, könne nunmehr anderweitig sichergestellt werden. Der Paritätische sieht die Gefahr, dass damit das gesamte für die Behindertenhilfe so wichtige Projekt auf der Kippe stehen könnte. Rosenbrock betonte: „Sollte die Entlastung der Kommunen tatsächlich auf andere Weise erfolgen, fordern wir die Bundesregierung auf, die Finanzierung des Bundesteilhabegesetzes dennoch sicherzustellen.“

„Die Bundesregierung hat mit der Ankündigung eines Bundesteilhabegesetzes im Koalitionsvertrag große Erwartungen geweckt und muss jetzt liefern“, betont auch Achim Meyer auf der Heyde,

Mitglied des Vorstands und Sprecher der überregionalen Mitgliedsorganisationen. In einem mit seinen Mitgliedsorganisationen der Behindertenhilfe erarbeiteten Eckpunktepapier formuliert der Paritätische Gesamtverband 14 Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz. Dazu gehören unter anderem:

- die Einführung eines nach Behinderungsgrad gestaffelten Bundesteilhabegeldes
- der gleichberechtigte Zugang zu allen Leistungen der Pflegeversicherung
- flächendeckende kostenlose Beratungsangebote.

Norbert Müller-Fehling, Geschäftsführer des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen, betont: „Behinderte Menschen und ihre Angehörigen erwarten ein Gesetz, das Wahlmöglichkeiten eröffnet und ihnen den Zugang zu Leistungen ermöglicht, die allen Bürgern zur Verfügung stehen. Das gilt für das Wohnen und die Alltagsgestaltung ebenso wie für das Arbeitsleben.“ Zudem dürfe Behinderung nicht länger arm machen.

Hans-Werner Lange, Vizepräsident des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes, hebt hervor, dass das Teilhabegeld für Menschen mit Behinderung einen Nachteilsausgleich gegenüber Menschen ohne Behinderung darstelle und deshalb einkommens- und vermögensunabhängig geleistet werden müsse. „Wir reden hier nicht von Luxusprämien, sondern davon, der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung und letztlich der Vision einer inklusiven Gesellschaft ein Stückchen näher zu kommen.“

Kritik an TTIP – Für eine Handelspolitik im Interesse der Menschen und der Umwelt

Das von der Europäischen Union und den USA angestrebte Freihandelsabkommen TTIP ist mit ernsthaften Risiken für das bundesdeutsche System öffentlicher und gemeinnütziger Daseinsvorsorge behaftet. In einem gemeinsamen Positionspapier warnen Kommunen und zahlreiche zivilgesellschaftliche Verbände davor, dass TTIP den Wert des Freihandels über die Werte einer aus europäischer Sicht erstrebenswerten ökologisch-sozialen Marktwirtschaft setzen könnte. Gefahren sehen sie vor allem durch eine mögliche Absenkung der im Vergleich mit den USA höheren EU-Standards beim Arbeits-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie für den Kultursektor.

Ein zunehmender Wettbewerb dürfe nicht auf Kosten sozial Benachteiligter oder der Umwelt stattfinden, mahnen Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Städtetag, der Bundesverband der Verbraucherzentralen, Arbeiterwohlfahrt, Paritätischer Gesamtverband, der Deutsche Kulturrat und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Für den 21. Mai 2015, den Tag der kulturellen Vielfalt, hat der Deutsche Kulturrat einen Aktionstag zum Protest gegen TTIP organisiert. Nähere Informationen finden Interessierte auf www.tag-gegen-ttip.de.

Das Positionspapier steht zum Download auf der Paritätischen Homepage www.der-paritaetische.de/ttip.

Armut auf neuem Höchststand

Studie des Paritätischen belegt sprunghaften Anstieg

Die Armut in Deutschland hat mit einer Quote von 15,5 Prozent einen historischen Höchststand erreicht. Das zeigt der jüngste Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands. Der Verband fordert von der Bundesregierung entschlossene Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, darunter eine deutliche Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV.

Noch nie war die Armut in Deutschland so hoch und noch nie war die regionale Zerrissenheit so tief wie heute. Deutschland ist armutspolitisch eine tief zerklüftete Republik“, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Die Armut in Deutschland sei innerhalb nur eines Jahres geradezu sprunghaft von 15,0 Prozent (2012) auf 15,5 Prozent (2013) gestiegen. Rein rechnerisch bedeutet dies einen Anstieg von 12,1 auf 12,5 Millionen Menschen. Am stärksten betroffen sind die Bundesländer Bremen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Risikogruppen: Rentner und Alleinerziehende

Erstmalig beleuchtet der Paritätische in seinem Bericht zur Armutsentwicklung auch besondere Risikogruppen.

Das höchste Armutsrisiko von allen Haushalten zeigten danach mit 43 Prozent Alleinerziehende. Besondere Aufmerksamkeit sollte zudem nach Ansicht des Verbandes den Rentnerinnen und Rentnern gewidmet werden: „Es gibt keine andere Gruppe in Deutschland, die in den letzten Jahren auch nur annähernd vergleichbar hohe Armutszuwächse hatte.“

Armutspolitischer Erdbeben

„Wir haben es hier mit einem armutspolitischen Erdbeben zu tun“, warnt Ulrich Schneider angesichts eines Anstiegs der Armut in dieser Gruppe um 48 Prozent seit 2006. Schon in diesem Jahr werde die Armutsquote der Rentnerinnen und Rentner erstmals über dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegen, prognostiziert der Verband.

„Armut und regionale Ungleichheit sind in erster Linie hausgemacht und das Ergebnis politischer Unterlassungen“, kritisiert Schneider.

Der Verband fordert ein umfassendes Maßnahmenbündel zur Armutsbekämpfung. Neben einer deutlichen Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV seien insbesondere Reformen des Familienlastenausgleichs und der Altersgrundversicherung erforderlich, um Armut wirksam vorzubeugen. Voraussetzung dazu sei ein rigoroser steuerpolitischer Kurswechsel, der große Vermögen und Einkommen stärker als bisher zur Finanzierung des Sozialstaats heranzieht, so der Verband

Den Bericht, weitere Infos und eine detaillierte Suchfunktion nach Postleitzahlen finden Interessierte im Internet unter: www.der-paritaetische.de/armutsbericht.

Bekämpfung der Kinderarmut muss Priorität haben

Mit scharfer Kritik an der Prioritätensetzung der Bundesregierung hat der Paritätische Gesamtverband auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung reagiert, wonach in Deutschland mittlerweile jedes sechste Kind (17,1 Prozent) unter drei Jahren von Hartz IV lebt. Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider kritisierte, dass im Koalitionsvertrag der Bundesregierung der Begriff der Kinderarmut nicht einmal auftauche. „Es lassen sich bisher keine wirklichen Anstrengungen der Bundesregierung erkennen, Kinderarmut in Deutsch-

land entschieden zu bekämpfen“, klagt Schneider. „Jedes Jahr, das die Bundesregierung im Kampf gegen die Kinderarmut verstreichen lässt, raubt den Kindern unwiederbringliche Chancen.“

Der Verband sieht zur Bekämpfung der Hartz-IV-Abhängigkeit von Kindern vor allem die Notwendigkeit eines zügigen und konsequenten Ausbaus öffentlich geförderter Beschäftigung. Schneider: „Kinderarmut ist fast immer Familienarmut. Wer Kinder aus Hartz IV herausholen will, muss ihren Eltern auskömmliche und längerfristi-

ge Arbeit verschaffen und wo nötig auch sozialarbeiterische Hilfen sicherstellen.“

Ausdrücklich unterstützt der Verband weiterhin die Forderung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig nach Verbesserungen des Kinderzuschlags für erwerbstätige einkommensschwache Familien. „Ohne eine Erhöhung der Beträge werden immer mehr Familien trotz Erwerbstätigkeit mit Hartz IV aufstocken müssen.“ Dringend notwendig sei aber auch eine grundlegende Reform des unzulänglichen Bildungs- und Teilhabepakets.

Von der Wichtigkeit, Armut zu messen – und der Schwierigkeit, es zu tun

Der Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands hat in den Medien viel Beachtung gefunden und zugleich auch eine Debatte darüber ausgelöst, ob es in unserer insgesamt wohlhabenden Gesellschaft überhaupt Armut gibt und wie diese korrekt gemessen werden kann.

Die Kritik, auch aus der Wissenschaft, gilt vor allem dem methodischen Ansatz des Armutsberichts. Im Zentrum der Debatte steht das international übliche Maß zur Messung von Armut, das nach Kriterien der OECD, der WHO und der Europäischen Union die Armutsgrenze bei 60 Prozent des durchschnittlichen, bedarfsgewichteten Einkommens (sog. Nettoäquivalenzeinkommen) zieht. An dieser Grenze, so die Kritiker, werde deutlich, dass hier nicht Armut, sondern wenn überhaupt nur die Einkommensungleichheit in unserer Gesellschaft dargestellt wird.

Wichtiger Schwellenwert

Von Bedeutung ist aber weniger die 60-Prozent-Grenze, sondern der konkrete Schwellenwert, der sich aus daraus ergibt. Dieser lag bei einem Singlehaushalt 2013 bei 892 Euro, bei einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 1.873 Euro. Dieser Betrag erst ermöglicht eine Interpretation, ob eine Person oder eine Familie, die mit diesem Geld im Monat auskommen muss, als arm anzusehen ist, oder nicht. Auch der konkrete Schwellenwert ändert zunächst nicht, dass es sich auch hier um eine subjektive Frage handelt. Der objektivste Maßstab, der zur Verfügung steht und den auch der Paritätische anlegt, ist daher der Vergleich mit denjenigen in unserer Gesellschaft, die sogar laut Bundesverfassungsgericht am Existenzminimum leben: den Empfängern von Grundsicherungsleistungen (z.B. Hartz IV).

Vergleicht man die Hartz-IV-Bedarfsschwelle mit dem Schwellenwert der amtlichen Statistik wird deutlich, dass die 60-Prozent-Grenze ziemlich genau den Personenkreis umfasst, der an oder unter Hartz-IV-Niveau lebt. Die vierköpfige Modellfamilie mit 1.873 Euro liegt in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) zwar mit 57 Euro knapp über dem Hartz-IV-Niveau, in Wiesbaden jedoch aufgrund hoher Lebenshaltungskosten bereits 206 Euro darunter. Die 60-Prozent-Grenze beschreibt damit also recht zielgenau die Bevölkerungsteile, denen wohl nur hartgesottene Armutsleugner das Attribut „armutsgefährdet“ absprechen würden.

Regionale Kaufkraft-Unterschiede

Aber auch regionale Unterschiede (z.B. bei der Kaufkraft) sind Ziel der Kritik. Dürfen Einkommensverhältnisse in Bremerhaven überhaupt mit denen in München verglichen werden? In der Tat sind die Kaufkraftunterschiede ein Makel der Berechnungen. Aber es gibt keine akzeptable statistische Alternative. Unter methodischen Gesichtspunkten würde die sehr kleinräumige Berechnung regionaler Armutsschwellen schlicht und einfach dazu führen, dass die Armut „verschwindet“. Wo keiner etwas besitzt, gibt es auch keine Einkommensungleichheit und damit keine Armut. Eine Armutsstatistik in dieser Form wäre nutzlos. Das abwegigste Argument, um den Armutsbericht zu diskreditieren lautet aber wie folgt: Angenommen, alle Menschen in Deutschland würden auf einen Schlag 100 Mal so viel verdienen wie bisher. Noch immer läge die rechnerische

Armutquote bei 15,5 Prozent. Der Grund: Am 60-Prozent-Verhältnis zwischen arm und reich hätte sich nichts verändert. Wer so argumentiert zeigt, dass er die Statistik nicht verstanden hat. Gäbe es tatsächlich einen solchen Einkommenszuwachs würde es sich dabei mitnichten um einen Wohlstandszuwachs handeln. Der Wohlstand des Einzelnen ist nämlich in der Tat immer relativ zum Rest der Gesellschaft zu betrachten. Das vorgebrachte Gedankenexperiment würde zu Ende gedacht nicht anderes zur Folge haben als ein massives Wachstum der Inflation. Man hätte zwar mehr Einkommen, aber es würde auch alles mehr kosten.

Keine pauschale Verurteilung

Das Thema Armut hat es verdient, dass wir kontrovers darüber diskutieren. Hinweise auf die Fehlbarkeit von Statistiken sind wichtig und notwendig, denn nur dadurch können wir langfristig zu besseren Werkzeugen für die Armutsmessung gelangen. Diejenigen, die Statistiken veröffentlichen, müssen sich dieser Kritik stellen. Aber eine pauschale Verurteilung ist nicht nur kontraproduktiv, sie birgt auch die Gefahr, dass wir das Thema Armut in unserer Gesellschaft aus dem Blickfeld drängen. Zum Glück muss in unserem Land fast niemand an Mangelernährung oder an fehlender Gesundheitsversorgung sterben. Aber zu behaupten, Armut sei in unserer Gesellschaft kein Thema, ist schlicht ignorant.

Christian Woltering

Referent für fachpolitische Grundsatzfragen und Autor des Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbands

„Wohlfahrtsarbeit ist Widerstandsarbeit, Sozialarbeit ist Demokratiearbeit“

Ökonomische Aspekte dominieren seit einiger Zeit die Debatten im Bereich der sozialen Arbeit. Mit seinem Wertedialog möchte der Paritätische nun die ethische Dimension stärker in den Fokus rücken. Zum Auftakt fand Ende März in Potsdam eine Wertekonferenz mit 300 Teilnehmenden statt – und mit einem Mutmacher als Gastredner: Professor Dr. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung bestärkte den Verband nachdrücklich, Kurs zu halten in seinem Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Die Ergebnisse einer Online-Umfrage des Paritätischen Gesamtverbands zum Wertedialog können sich sehen lassen: Zwei Drittel der rund 1.500 teilnehmenden Haupt- und Ehrenamtlichen gaben an, sich bewusst für eine Tätigkeit in der sozialen Arbeit bei einem frei-gemeinnützigen Träger entschieden zu haben – „und nicht im Profit-Bereich unter den Diktaten der Gewinnerzielung oder beim Staat mit seiner Bindung an die bürokratischen Kriterien der Gleichförmigkeit und der Massenverwaltungstauglichkeit“, wie Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock bei der Eröffnung der Konferenz betonte. Fast 40 Prozent der Umfrageteilnehmer beklagten zugleich aber auch, dass es schwerer geworden sei, ihre Wertvorstellungen im Arbeitsalltag einzubringen. Ziel der Konferenz sei es daher, die Probleme offen auf den Tisch zu legen und gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, diese Span-

nung zu bearbeiten oder im günstigsten Falle aufzulösen, so Rosenbrock. Um gute soziale Arbeit zu machen, brauche es Werte, die der Verband auch offensiv nach außen vertreten müsse. Diese Werte aber würden nicht zuletzt angesichts eines sinkenden Anteils der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt bei steigenden Anforderungen an die soziale Arbeit jeden Tag aufs Neue unter Stress gesetzt.

„Kompromisse, die in Wirklichkeit oft Niederlagen sind“

Immer wieder komme es in der Praxis zu „Kompromissen, die in Wirklichkeit allzu oft Niederlagen sind“, sagte der Verbandsvorsitzende. Gleichen Respekt und gleiche Chancen für jeden zu fordern, klinge vielleicht zunächst harmlos, „ist aber bei näherem Hinsehen ein echtes wertebasiertes Kampfprogramm“, so Rosenbrock. Ein Gedanke, den auch Professor Dr. Heribert Prantl in seiner Gastrede aufgriff. Er

hob hervor, es gebe nicht eine Gesellschaft der Werte und eine des Marktes, beide seien eins. Sich für soziale Werte zu engagieren, heiße daher auch immer, einen Verteilungskampf zu führen. „Wohlfahrtsarbeit ist Widerstandsarbeit, Sozialarbeit ist Demokratiearbeit“, betonte Prantl, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung. Er ermutigte den Paritätischen, auch weiterhin Armutsberichte vorzulegen, auch wenn er heftigen Gegenwind bekomme, womöglich, weil der Armutsbericht eine gefährliche Sache sei für die herrschende Politik. „Er stellt nämlich die Glaubwürdigkeit der vielen Erfolgsmeldungen in Frage: schwarze Null, geringe Arbeitslosigkeit, hohe Steueraufkommen, alles so gut wie nie.“ Es wird einen Kampf um die Glaubwürdigkeit geben, prophezeite Prantl. „Er wird ausgetragen zwischen denen, die die Armut in Deutschland für aufgeblasen halten und denen, die dieses Szenario aus der beklem-



Mitmacher:
Prof. Dr. Rolf
Rosenbrock



Der Wertedialog steht auch im Mittelpunkt folgender Regionalkonferenzen:

- 23. Juni 2015 – Marburg
 - 23. September 2015 – Kassel und Leipzig
 - 16. Oktober 2015 – Heidelberg.
- Mehrere Landesverbände machen ihn zu einem Schwerpunkt ihrer Mitgliederversammlungen:

Der Paritätische Bayern am 10. Juli 2015;
der Paritätische Brandenburg am 20. November 2015;
der Paritätische Nordrhein-Westfalen am 27. November 2015.

Am 14. April 2016 findet die Abschlusskonferenz im Rahmen der Mitgliederversammlung des Paritätischen Gesamtverbands in Potsdam statt. Dann geht es unter anderem um folgende Fragen: Was ist in der Diskussion herausgekommen? Was erwarten die Mitglieder? Welches Mandat erwächst dem Verband daraus? Weitere Informationen und eine aktuelle Terminübersicht finden Interessierte auf der Internetseite www.werte.paritaet.org. Dort wird auch die Auftaktkonferenz ausführlich dokumentiert.



Publikum in Aktion

menden Realität ihrer täglichen Arbeit kennen. Diesen Kampf um die Glaubwürdigkeit gewinnt man dann, wenn man die Werte lebt, für die man eintritt.“ Der Paritätische trete mit seinem Wertedialog gegen die Ökonomisierung des Sozialen und für soziale Gerechtigkeit an, für eine andere Ökonomie. Dabei gehe es nicht nur um Werte, sondern auch um Rechte und deren Durchsetzung, um Rechte, wie sie im Grundgesetz und in der Europäischen Grundrechtecharta formuliert seien. „Aber diese Rechte haben keine Macht“, so Prantl. Er appellierte an den Verband, sich für diese Rechte stark zu machen. „Sie haben eine Aufgabe, an Sie werden Erwartungen geknüpft“, mahnte der renommierte Journalist.

„Wie radikal wollen wir mit unseren Werten umgehen?“

Die Fragen, die Prantl aufgeworfen habe, lauteten: „Wie radikal wollen wir mit unseren Werten umgehen? Wie reagieren wir auf das, was um uns herum passiert? Wie kompromissbereit wollen wir sein? Wie viel Widerstand wollen wir leisten, wenn etwa Menschen, die in die Eingliederungshilfe gehören, in Hartz IV abgeschoben werden? Oder bei unbilligen Abschiebe-

praktiken gegen Flüchtlinge?“, griff Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, die Impulse des Gastredners auf. Schneider ist überzeugt: „Wir haben mit der Wertedebatte offenbar einen Nerv getroffen.“ Der Reputationsverlust, den Manager und Banken in der Vergangenheit erlitten hätten, habe viele Menschen in Deutschland verunsichert. „Wir haben eine Antwort darauf, das ist mir heute klar geworden“, sagte Schneider. „Auch wir wollen Ökonomie – aber so, dass der Mensch dabei nicht auf der Strecke bleibt.“

Schneider zeigte sich „beeindruckt von der außerordentlichen Dynamik des Kongresses“. Die gemeinsam mit den Landesverbänden organisierte Tagung habe gezeigt, „dass der Verband am stärksten ist, wenn er seine Mitglieder fragt, wo es langgehen soll“.

Sowohl die Mitgliederbefragung als auch die Diskussionen in den Open-Space-Gruppen zu Themen wie Werte und Verträge, Ökonomisierung, faire Bezahlung und Menschenrechtsorientierung hätten gezeigt: „Die Menschen können tatsächlich mit den abstrakten Begriffen Vielfalt, Offenheit und Toleranz etwas anfangen. Der Verband hat eine Idee, die tatsächlich gelebt wird.“

Stimmen aus der Praxis

Elvira Berndt, Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin:

„Lassen Sie uns mehr freie Träger mit freiem Willen sein, weniger Unternehmer, die alles tun, was da irgendjemand bezahlt.“

*

Anne Greis Zapageck e. V., Kaarst:

„Kinder werden nicht erst zu Menschen, sie sind bereits welche.“ (Janusz Korczak)

*

Elke Thimsen, Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter – fab e. V., Kassel:

„Selbstbestimmtes Leben für behinderte Menschen ist möglich, wenn (unmögliche) Grenzen angesprochen werden.“

*

Dietrich F. Koch, XENION Psycho-soziale Hilfen für politisch Verfolgte e. V., Berlin:

„Wenn wir heilen wollen, was Menschen imstande sind, einander anzutun, dann brauchen wir viele.“

*

Elisa Grahmann und Judith Tuchscheerer, „Schau HIN“, Thüringen:

„Wir brauchen ein deutliches Zeichen gegen jede Form der Ausgrenzung.“

*

Fritz Bremer, Die Brücke Neumünster gGmbH:

„Soziale Arbeit ist durchdrungen von Methoden der Ökonomisierung. In dieser Atmosphäre wird die Luft dünn für Mitmenschlichkeit, Solidarität und soziale Rechte.“

*

Dirk Brieskorn, Familien- und Krankenpflege e. V., Essen:

„Expertentum in der Pflege und anderen Bereichen des Sozialwesens: Segen und Fluch zugleich.“



Beindruckt von der Dynamik der Tagung: Dr. Ulrich Schneider



Mutmacher: Prof. Dr. Heribert Prantl



Führten charmant durch die Tagung: Mara Dehmer und Günter Ernst-Basten

Vorstandsdelegation besuchte soziale Einrichtungen in Vietnam



Eine Vorstandsdelegation des Paritätischen Gesamtverbands besuchte jüngst auf Einladung der vietnamesischen Vaterländischen Front Vietnam. Anlass war unter anderem das Interesse der Gastgeber an einem Austausch zur Frage der Anwerbung vietnamesischer Pflegekräfte in Deutschland, aber auch an den deutschen Strukturen von Wohlfahrts- und Zivilgesellschaft. Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock, seine Stellvertreter Josef Schädle und Cord Wellhausen sowie Vorstandsmitglied Ulla Klapproth hatten neben vielen Gesprächen auf Regierungsebene vor allem in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt Gelegenheit, soziale Einrichtungen zu besuchen. Dazu gehörte neben einer Schule für Kinder mit Verhaltensproblemen (Bild) auch das „Friendship Village“ bei Hanoi. Dort leben Kinder, die heute noch mit Behinderungen zur Welt kommen, die auf den Agent-Orange-Einsatz im Vietnamkrieg zurückzuführen sind.

Eckpunkte zur Ausgestaltung der Freiwilligendienste

Im Paritätischen engagieren sich pro Jahr circa 11.000 Frauen und Männer im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder Bundesfreiwilligendienst (BFD). Der Anspruch ist es, beide Freiwilligendienste in gleich hoher Qualität zu erbringen. Hierzu braucht es auch geeignete Rahmenbedingungen. Wie diese zu gestalten sind, hat der Paritätische in einem ersten Eckpunktepapier zusammengefasst. Die Existenz zweier unterschiedlicher Freiwilligen-

dienstformate mit unterschiedlichen, vor allem bürokratischen Anforderungen unterstreicht die Notwendigkeit, aus Sicht des Paritätischen wesentliche Grundsätze deutlich einzufordern. In Abgrenzung zu Erwerbsarbeit und im Rahmen der Gewährung der Arbeitsmarktneutralität ist die Qualität der Freiwilligendienste als Bildungs- und Orientierungsdienste zu gewährleisten. Freiwilligendienste ersetzen dabei nicht arbeitsmarktpolitische

Maßnahmen. Ein bedarfsgerechter Ausbau und der Abbau der Bürokratie sollen dabei helfen, allen Interessierten einen Freiwilligendienst zu ermöglichen und diesen als sinnstiftendes Engagement für das Gemeinwohl auszugestalten. Weitere Forderungen, wie die Umsetzung der vollständigen Umsatzsteuerbefreiung oder der Ausbau des internationalen Austausches, werden in den Eckpunkten ebenfalls aufgegriffen.

Sparen leicht gemacht – die Rahmenverträge des Paritätischen

Seit 2006 bündelt der Paritätische Gesamtverband das Einkaufspotenzial seiner Mitglieder – insbesondere für kleine Einrichtungen und Kleinstbestellungen – in inzwischen mehr als 160 Rahmenverträgen. Dies ermöglicht den Mitgliedsorganisationen, ihre Sachkosten zu reduzieren und die Finanzmittel für ihren sozialen Auftrag zu nutzen. Darüber hinaus stellen die Rahmenvertragspartner als Experten zu unterschiedlichen Thematiken fachliche Informationen bereit. Auf der Homepage www.paritaet.org finden Interessierte im passwortge-

schützten Bereich „Intern“ den Zugang zur Rahmenvertragsdatenbank des Paritätischen mit tagesaktuellen Informationen und Konditionen der Rahmenvertragspartner. Die Zugangsdaten für den passwortgeschützten Bereich erhalten Mitgliedsorganisationen bei ihrem Landesverband beziehungsweise als überregionale Mitgliedsorganisationen beim Gesamtverband. Zudem informiert der Verband mit seinem Newsletter über Neuigkeiten und Sonderaktionen der Rahmenvertragspartner. Wer diesen abonnieren möchte, kann ihn bestellen per

E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an rvt@paritaet.org. Die 4. aktualisierte und komplett überarbeitete Auflage des Rahmenvertragskatalogs stellt eine Vielzahl der bundesweit agierenden Rahmenvertragspartner vor. Kostenlos angefordert werden kann er per E-Mail an rvt@paritaet.org mit Angabe der Adresse und der gewünschten Anzahl an Katalogen. Fragen und Anregungen zu Rahmenverträgen und Vertragspartnern sind stets willkommen – per E-Mail an einkauf@paritaet.org oder rvt@paritaet.org oder telefonisch unter 030/24636409.

Aktion Mensch fördert Hilfen für Flüchtlinge

Die Aktion Mensch will dazu beitragen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende von Beginn ihres Aufenthaltes in Deutschland an die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzuhaben. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist Begegnung. Daher fördert die Aktion Mensch insbesondere Projekte zur Gewinnung, Qualifizierung und Begleitung von Ehrenamtlichen oder zur Ausbildung und Qualifikation von Multiplikatoren. Das sind zum Beispiel Projekte zu den Themen Ehrenamtlichen-

management, gemeinwesenorientierte Arbeit, Stadtteilarbeit, Tagesstruktur, Patenschaften etc. oder aber auch Starthilfen zum Aufbau langfristiger ambulanter Angebote.

Da Flüchtlinge häufig traumatisiert sind und professionelle Unterstützung benötigen, will die Aktion Mensch auch dazu beitragen, dass Dienste und Projekte aufgebaut werden, die Menschen mit Traumaerfahrung den Zugang zu gesundheitlicher und sozialer Versorgung ermöglichen.

Gefördert werden sollen zudem Projekte der Kinder- und Jugendhilfe für unbegleitete minderjähriger Flüchtlinge, die diese in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärken und den Auf- und Ausbau von Netzwerken vorantreiben. Nähere Informationen finden Interessierte unter diesem Link: www.aktion-mensch.de/projekte-engagieren-und-foerdern/foerderung/foerderprogramme/menschen-in-besonderen-sozial-schwierigkeiten/fluechtlinge-asyl-suchende.html

ausgezeichnet – ausgezeichnet – ausgezeichnet – ausgezeichnet – ausgezeichnet

Die „Kulturloge Berlin – Schlüssel zur Kultur e.V.“ und das Projekt „Max geht in die Oper“ der Bürgerstiftung Halle erhalten den Regine-Hildebrandt-Preis 2015 der Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut. Beide engagierten sich in beispielhafter Weise für die kulturelle Teilhabe von Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut, so die Jury. Der Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert und kommt gemeinnützigen Einrichtungen nach Wahl der Preisträger zugute.
www.stiftung-solidaritaet.de

*

Der Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung

Baden-Württemberg e.V. ist für sein Internetportal „Rollstuhlwandern in Baden-Württemberg“ im bundesweiten Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ als Preisträger gekürt worden. Zum Thema „Innovationen querfeldein – Ländliche Räume neu gedacht“ liefere das Projekt eine Antwort auf die Frage, wie sich die ländlichen Gebiete Baden-Württembergs barrierefrei erkunden lassen, heißt es in der Begründung.

www.rollstuhlwandern-in-bw.de
www.ausgezeichnete-orte.de

*

Ein weiterer ausgezeichnete Ort im Land der Ideen ist das „Netzwerk

alma: arbeitsfeld landwirtschaft mit allen – für Menschen mit und ohne Behinderung“. Es überzeugte die Jury des bundesweiten Innovationswettbewerbs mit seinem Ansatz, Menschen mit Behinderung eine Berufschance in landwirtschaftlichen Betrieben zu vermitteln. Das Projekt wurde von der Wettbewerbsjury außerdem zum Bundessieger, also zum besten Projekt seiner Kategorie gewählt.

Kooperationspartner sind die Lebenshilfe Goslar, der Biolandhof Weddigen und der Verdener Verein „alma – arbeitsfeld landwirtschaft mit allen“
www.netzwerk-alma.de



„Märchenhafte“ Tradition im Berliner Schloss Bellevue: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (Mitte) übergab Bundespräsident Joachim Gauck als Schirmherr des Sozialwerks die neuen Wohlfahrtsmarken mit Motiven aus „Dornröschen“. Damit wird die im vorigen Jahr mit „Hänsel und Gretel“ gestartete Serie aus der Märchenwelt der Brüder Grimm fortgesetzt. Ein Album mit Erstdrucken der neuen Marken erhielt unter anderem auch BAGFW-Präsident und Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (links). Das „Porto mit Herz“ gibt es bei der Post, den Wohlfahrtsverbänden und im Shop auf www.wohlfahrtsmarken.de. Foto: BAGFW

Filmtipps – Filmtipps – Filmtipps

Wiedersehen mit Brundibár

Die Jugendtheatergruppe der Berliner Schaubühne probt ein ganz besonderes Stück: die Kinderoper „Brundibár“. Im Ghetto Theresienstadt ließen die Nazis diese vielfach aufführen mit dem Ziel, die wahren Zustände dort zu verschleiern. Die Kinderoper ist denn auch für Annika, Ikra und David sowie die anderen Jugendlichen des Ensembles die Auseinandersetzung mit der dunklen Geschichte Deutschlands. Und sie bringt die Begegnung mit Greta Klingsberg, die einst in Theresienstadt mit „Brundibár“ auf der Bühne stand, das Konzentrationslager Auschwitz überlebt hat und jetzt in Israel zu Hause ist. Eingeladen von der Regisseurin des Theaterstücks, kommt sie nach Deutschland und reist mit den jungen Leuten nach Theresienstadt. Schon im Bus auf der Fahrt dorthin teilt sie mit ihnen ihre Erinnerungen und nimmt ihnen zugleich die Sorge, der Begegnung mit

den Schrecken der Vergangenheit nicht gewachsen zu sein. Die charismatische alte Dame, die den jungen Menschen so ganz ohne Bitterkeit von ihrem Erleben berichtet, schafft es, Geschichte lebendig werden zu lassen und den Jugendlichen Zugang zu einem Thema zu vermitteln, das sie zunächst gar nicht so sehr interessiert – haben sie doch alle mehr oder minder in ihrem Alltag ihre ganz persönlichen Probleme und Herausforderungen zu bewältigen. Doch schnell wird klar, über die Auseinandersetzung mit der Geschichte, mit Brundibár und dem Schicksal Greta Klingsbergs lernen die jungen Leute auch so manches über sich selbst und ihr Leben.

Douglas Wolfspberger ist es mit seinem Dokumentarfilm „Wiedersehen mit Brundibár“ gelungen, die Notwendigkeit des Erinnerns und Aufarbeitens für junge Menschen von heute erlebbar zu machen, Geschichte zu



vergegenwärtigen, wie er sagt. Der Film zeigt, wie dies jenseits ritualisierter Routine möglich ist. Sehr sehenswert – besonders für Jugendgruppen und Schulklassen. Weitere Infos zum Film und Kinotermin gibt es auf www.brundibar-derfilm.de.

Von der Straßensozialarbeit zum Film

„1+1=1“ und „Ra Ti Di – Bilder einer Freundschaft“ heißen zwei Kurzfilme, die Jugendliche von Gangway e.V. in Berlin gemeinsam mit den Künstlern und Filmemachern Vera Müller und Matthias Schwelm produziert haben.

„1+1=1“ ist ein experimenteller Musikfilm zwischen Sub- und Hochkultur mit jungen Berliner Hip-Hop-Künstlern. Handlung und Figuren des Films, der sich um Liebeserfahrungen dreht, wurden gemeinsam mit den Protagonisten entwickelt und mit Auszügen des Mythos „Amor & Psyche“ dramaturgisch zu einem Ganzen verwoben. Musikvideo-Sequenzen und fiktionale Elemente greifen poetisch ineinander und laden zu einem ungewöhnlichen Seherlebnis zwischen Realität und Fantasie ein. Handlung und Figuren des 15-minüti-

gen Schwarz-Weiß-Films „Ra Ti Di – Bilder einer Freundschaft“ entstammen dem Leben der Laiendarsteller. Im Mittelpunkt steht, wie die drei Freunde Raay (22), Tim (19) und Disco (20) die Zeit um den Tod von Raays Vater erleben. Sowohl thematisch als auch visuell wird die Handlung mit Filmszenen der 1960er- und -70er-Jahre verknüpft. In freier Form wird aus Filmen von John Cassavetes, Pier Paolo Pasolini und Robert Bresson zitiert. Geschaffen wird so ein neuer filmischer Raum, in dem Reflexionen und Assoziationen zu Themen und Gefühlswelten der jungen Protagonisten möglich werden.

Weitere Infos:
www.gangway.de
 E-Mail: elvira.berndt@gangway.de
www.liebe-arbeit-kino.de
 E-Mail: info@liebe-arbeit-kino.de

Karawane der Hoffnung

Karawane der Hoffnung ist ein 100 Minuten langer Film von und mit unbegleiteten jungen Flüchtlingen und deutschen Jugendlichen aus der Region Breisach/Freiburg – ein Potpourri aus Dokumentarszenen, Interviews und kleinen Spielfilmsequenzen. Das Projekt wurde gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Kultur macht stark“ – JEP (Paritätisches Bildungswerk) sowie vom Bundesverband Jugend und Film („Movies in Motion“) und der Landesantalt für Kommunikation Baden-Württemberg.

Produziert wurde der Film von Black Dog Jugend und Medienbildung e.V. Kontakt: Black Dog e.V. Jürgen Dettling
 E-Mail: dettling@black-dog-ev.de
www.black-dog-ev.de

Personalmarketing in Unternehmen der Sozialwirtschaft

Cornelia Heider-Winter, beim Paritätischen Hamburg in der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation tätig, hat einen Leitfaden für erfolgreiches Personalmarketing in der Sozialwirtschaft geschrieben.

Die Autorin erklärt in ihrem Buch, wie die konkrete Planung, Steuerung und Durchführung des Employer-Branding-Prozesses in der Sozialwirtschaft intern und extern gelingen. Die Lektüre liefert Antworten auf Fragen zur Organisationsanalyse, Strategiefindung, effizienten Umsetzung sowie zur praxisnahen Evaluation und nachhaltigen Verankerung.

Zahlreiche direkt umsetzbare Tipps sowie Beispiele von Arbeitgebern aus dem sozialen und Bildungsbereich geben zudem einen interessanten Einblick in die vielfältige Praxis des Employer Brandings.

Das Buch ist im Verlag Springer erschienen, hat 356 Seiten und kostet 49,99 Euro.

ISBN 978-3-658-01196-3

Flyer zur Notfallpsychologie für Menschen mit geistiger Behinderung

Die Projektgruppe Notfallpsychologie für Menschen mit geistiger Behinderung in der Sektion Klinische Psychologie des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen hat einen Flyer herausgegeben, wie in Notfällen – etwa bei Bränden, Unfällen oder kleineren Krisen – die besondere Situation von Menschen mit geistiger Behinderung beachtet werden kann.

Zum Herunterladen gibt es den Flyer auf www.bdp-klinische-psychologie.de/fachgruppen/gruppe16-geistige.shtml. Gedruckt ist er erhältlich beim Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e. V., Geschäftsstelle der Sektion Klinische Psychologie,

Tel.: 02624/9427740 (montags 18 bis 20 Uhr und Di. bis Do. 8 bis 13 Uhr), E-Mail: info@bdp-klinische-psychologie.de, www.bdp-klinische-psychologie.de.



Broschüre zum Thema Schulden im Alter

Viele Menschen geraten „unverschuldet“ in finanzielle Not, entweder weil sich ihr Einkommen plötzlich verringert oder Kosten auf sie zukommen, mit denen sie nicht gerechnet haben. Gerade älteren Menschen fällt es dann häufig schwer, über ihre Geldsorgen zu sprechen und sich möglichst frühzeitig professionelle Hilfe, zum Beispiel in einer Schuldnerberatung, zu holen. Vor diesem Hintergrund ist die neue Broschüre „Schuldenfrei im Alter“ ent-

standen, die von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen unter anderem mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegeben wird. Sie enthält auch Informationen zur Besteuerung der Rente, zu möglichem Zuverdienst sowie zu staatlichen Hilfen, wenn die Rente nicht reicht. Die Broschüre kann kostenfrei bestellt werden per E-Mail an wittig@bagso.de.

impresum

DER PARITÄTISCHE

Magazin des PARITÄTISCHEN
ISSN-1866-1718
Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
Internet: www.der-paritaetische.de
E-Mail: nachrichten@paritaet.org
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424
Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Verantwortlich für die Landesseiten:
Brandenburg: Andreas Kaczynski,
Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220
Mecklenburg-Vorpommern:
Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0
Sachsen: Thomas Neumann,
Tel.: 0351/4916654
Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-231

Titelbilder: Kulturbüro Sachsen e. V., Joachim Adam, Medienservice Zenker

Für Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.
Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:
Der Paritätische – Gesamtverband e. V.,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main



Fortbildung: Dissoziation als Überlebensstrategie

Ein zweitägiges Seminar bietet Wildwasser Wiesbaden für Frauen an, die in ihrer Arbeit mit Mädchen und Frauen mit multipler Persönlichkeitsstruktur in Kontakt sind oder kommen könnten (Beratung, Telefonseelsorge, Betreutes Wohnen etc.). Es findet am 18. Juni und 2. Juli 2015 statt.

Mädchen und Frauen mit multipler Persönlichkeitsstruktur (Dissoziative Identitätsstörung DIS) sind schwer traumatisierte Überlebende oft jahrelanger massiver körperlicher, psychischer und sexueller Gewalt. Entsprechend groß ist ihr Bedarf an Hilfe und Unterstützung. Neben qualifizierten therapeutischen Angeboten benötigen sie oft vielfältige Begleitung etwa in Form von Beratung, Alltagsunterstützung, Betreutem Wohnen.

Unterstützerinnen fühlen sich häufig überfordert, wenn sie in ihrem Arbeitszusammenhang auf Mädchen und Frauen mit multipler Persönlichkeitsstruktur treffen, da meist wenig bekannt ist über diese Form der „Störung“. Darüber hinaus stellt die Arbeit mit multiplen Mädchen und Frauen auch die Institutionen (insbesondere stationäre Einrichtungen) vor besondere Herausforderungen. Konzepte, Setting, Auswirkungen auf andere KlientInnen etc. müssen überdacht werden. Nähere Informationen gibt es bei Wildwasser Wiesbaden online auf www.wildwasser-wiesbaden.de.

Fachtagung in Fulda:

Gesunde Ernährung als sozialer Auftrag

Im Rahmen der Ernährungs- und Verpflegungsoffensive im Paritätischen findet am Montag, 1. Juni 2015, ab 9 Uhr in Fulda die jährliche Fachtagung Ernährung und Verpflegung statt. Sie bietet Gelegenheit, sich fachlich und praxisbezogen mit spannenden Ernährungsthemen und -trends auseinanderzusetzen. „Gesunde Ernährung als sozialer Auftrag“ lautet das Motto der Veranstaltung. Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, hält den Eröffnungs-

vortrag. Weitere Themen sind unter anderem: „Gute Lebensmittel, böse Lebensmittel – Was leisten Industrie und Handel?“, „Polarisierung in der Gemeinschaftsverpflegung – Trends und Lernstrecken für die Zukunft“ sowie „Essen von morgen – Zur Bedeutung von Ernährung in der Überflusgesellschaft“. Verliehen wird bei der Tagung auch der Zukunftspreis 2015 Ernährung und Verpflegung. Das Programm finden Interessierte auf www.pariserve.de/de/programm_ft_2015.

Kultur und Soziales:

Deutscher Bürgerpreis ausgeschrieben

Zum 13. Mal schreibt die Initiative „für mich. für uns. für alle.“ ihren Ehrenamtspreis aus. Der Deutsche Bürgerpreis 2015 würdigt Personen, Projekte und Unternehmer, die mit ihrem Engagement dazu beitragen, kulturelle Werte zu stärken und Menschen unter dem Leitstern der Kultur zu vereinen. Unter dem Motto „Kultur leben – Horizonte erweitern“ können bis zum 30. Juni 2015 Bewerbungen eingereicht werden. Die Bewerbungsunterlagen erhalten Interessierte online unter www.deutscher-buergerpreis.de. Zu gewinnen sind Geld- und Sachpreise in Höhe von mehr als 400.000 Euro zur Unterstützung der Projekte. Verliehen wird der

Deutsche Bürgerpreis in fünf Kategorien: Bewerber und Bewerberinnen bis zum Alter von 21 Jahren stehen in der Kategorie U21 im Fokus. Die Kategorie Alltagshelden richtet sich an vorbildlich engagierte Personen und Projekte. Inhaber oder Inhaberinnen von Unternehmen, die persönlich Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, können sich in der Kategorie Engagierte Unternehmer bewerben. Der Preis in der Kategorie Lebenswerk wird für mindestens 25 Jahre bürgerschaftliches Engagement verliehen. Der Online-Publikumspreis „Video Award“ zeichnet das beste Kurzvideo über ein soziales Engagement aus.

GwG-Jahreskongress: Körper und Psyche

Die GwG – Gesellschaft für Personenzentrierte Psychotherapie und Beratung e.V. stellt bei ihrem 15. Jahreskongress vom 12. bis 14. Juni 2015 in Freiburg das Thema „Körper und Psyche“ in den Mittelpunkt.

Die Optimierung des eigenen Körpers spielt heute offenbar für viele Menschen eine große Rolle. Das zeigt zum Beispiel die Vielfalt an Angeboten für Fitnesstrainings und Schönheitsope-

rationen. Gleichzeitig entfremden sich viele Menschen aber auch von ihrem Körper und verlernen, seine Signale zu erkennen. Was aber hat die Psyche damit zu tun? In welcher Beziehung steht sie zum Körper? Und wie lassen sich Psychotherapie und Beratung durch körperorientierte Vorgehensweisen bereichern? All das sind Themen der GwG-Tagung. Referenten wie Gustav Marlock, Prof. Dr. Dr. Fuchs

und Dr. Ernst Kern machen vor allem eines deutlich: dass personenzentrierte Körperpsychotherapie und körperorientierte Methoden in der personenzentrierten Beratung vor allem auf den Werten der Empathie, der bedingungslosen Anerkennung und der Präsenz des Gegenübers basieren. Nähere Informationen zur Tagung gibt es auf der Homepage www.gwg-ev.org.